

# Was ist die Klammer?

Beiträge einer linken Debatte  
zum Camp-Aktivismus 2008



*# 2. Fassung*

*Stand: Januar 2008*



## EINLEITUNG

Dieses Heftchen ist eine Zusammenstellung der Debattenbeiträge, die seit Ende des Jahres 2007 über G8 und Klimacampverteiler kommuniziert wurden. Gegenstand sind die politischen und strategischen Fragen des Campaktivismus 2008 in der BRB vor allem von AktivistInnen aus dem Antira-Bereich und der Klimacampinitiative.

Der Anlass der Zusammenstellung sind die Perspektiventage in Berlin (17.-20.01.2008) bei denen es neben der Bilanz der G8 Proteste Raum bietet um nach gemeinsamen linken Themen und Projekten zu suchen. Zweck ist daher die Camp-Debatte noch weiter zu öffnen und bislang Unbeteiligten zugänglich zu machen.

## INHALT

18. Oktober 07  
Seite 3 **Wie Weiter nach Heiligendamm: Klima- oder „Mehrsäulen“-Camp?!?**  
No Lager Bremen (und andere)
07. Dezember 07  
Seite 5 **Mehrsäulencamp zum Zweiten...**  
kein mensch ist illegal Hanau, NoLager Bremen, six hills, Gipfelsoli sowie x-weitere AktivistInnen von hier & dort.
12. Dezember 07  
Seite 8 **Kombiniertes Doppelcamping 2008?**  
kein mensch ist illegal und glocal group Hanau
09. Januar 2008  
Seite 10 **Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat ...**  
Antirassismusbüro Bremen (ARAB)
09. Januar 2008  
Seite 18 **Camping08? - für ein Camp mit Klimaklammer**  
Klimacamp-Vorbereitungsgruppe
16. Januar 08  
Seite 20 **Alle reden vom Wetter - Wir auch!**  
Avanti - Projekt undogmatische Linke
16. Januar 08  
Seite 22 **Alle reden vom Wetter - Wir nicht**  
anti-atom-plenum berlin

## IMPRESSUM

Druck und Zusammenstellung durch Ines Koburger.

Mit Unterstützung von Linksjugend [solid]  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin

030 24009 419  
www.solid-web.de



# Wie weiter nach Heiligendamm: Klima- oder 'Mehrsäulen'-Camp?!?

18. Oktober 2007 No Lager Bremen und andere



Im Rahmen des (allmählich ausklingenden) G8-Nachbereitungsmarathons sind Anfang Oktober einige jener Gruppen zusammengekommen, deren Basis zwar das dissent-Netzwerk war, die aber auch den so genannten 'breiten' G8-Bündnisprozess von Anfang an mitgetragen haben – unter anderem die Aktionskonferenzen in Rostock, den Hannoveraner Koordinierungskreis und etliche der lokalen Infoveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern. Ziel des Treffens war zum einen, die unterschiedlichen Erfahrungen in der Bündnisarbeit auszuwerten, zum anderen zukünftige Projekte zu diskutieren, auch im Hinblick auf die Frage, ob und wie es möglich ist, die Bündnispolitischen G8-Experimente fortzusetzen bzw. weiterzuentwickeln. Zumindest an einem Punkt ist unsere Diskussion konkreter geworden – nämlich was die von unterschiedlicher Seite propagierte Idee eines 'Klimacamps' im kommenden Jahr betrifft. Da das erste Klimacamp-Treffen bereits Anfang November in Kassel über die Bühne gehen soll, möchten wir unseren diesbezüglichen Diskussionsprozess in aller Kürze zusammenfassen – einschließlich eines praktischen Erweiterungsvorschlages.

Doch der Reihe nach: Einig waren wir uns in zweierlei: a) So sehr die G8-Protteste für viele eine beeindruckende Erfahrung gewesen sein mögen, es sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die G8-Mobilisierung bis zum Schluss auf tönernen, d.h. wenigen Füßen stand. Insofern ist es nur die halbe Wahrheit, im Nachhinein von „Erfolg“ zu sprechen. Angemessener scheint es vielmehr, die enorme Potentialität in den Mittelpunkt zu rücken, die in Rostock und Heiligendamm sichtbar geworden ist. Konkret ist hiermit erstens die große Zahl junger, wenn auch (überwiegend) schwach organisierter AktivistInnen gemeint, zweitens der Umstand, dass es immer wieder – nicht nur bei BlockG8 – zu äußerst lustvollen Erfahrungen kollektiver Stärke, ja Schlagkraft gekommen ist und drittens die nicht wegzuredende Tatsache, dass die G8-Protteste trotz erheblicher Differenzen und Misstöne von einem breiten Bündnis auf die Beine gestellt wurden. b) Weniger Einigkeit bestand hingegen darüber, wie mit besagter Potentialität umzugehen sei: Während sich die einen für die Intensivierung lokaler Aktivitäten aussprachen ('dort, wo die Masse der G8-AktivistInnen zu Hause ist'), betonten andere die Notwendigkeit, direkt an der politischen Dynamik von Heiligendamm anzusetzen. Nicht nur, weil im Lichte eines (neoliberal) normierten Alltags Großmobilisierungen unerlässlich seien (in diesem Zusammenhang ist auch viel von 'Event-Kultur' die Rede gewesen), sondern auch deshalb, weil es derzeit einen positiven (und obendrein) spektrenübergreifenden Referenzpunkt gäbe, den es nicht zuletzt im Interesse des Aufbaus längerfristiger Strukturen auszunutzen gelte.

Bei aller Unterschiedlichkeit in der Prioritätensetzung, unter uns war unstrittig, dass die beiden Vorgehensweisen allenfalls auf der Ebene der personellen Ressourcen bzw. Kapazitäten einen Widerspruch darstellten, nicht aber prinzipiell. Insofern lag es aus unserer Sicht absolut nah, den Vorschlag eines Klimacamps ausführlich unter die Lupe zu nehmen. Denn unter den derzeit zirkulierenden Vorschlägen scheint einzig das Klimacamp das Zeug zu einem spektrenübergreifenden Post-Heiligendamm-Projekt zu haben. Das hat erstens mit objektiven Gründen zu tun – die Klimafrage ist in der Tat ausgesprochen drängend, zweitens mit dem Umstand, dass in der Klimafrage eine Vielzahl unterschiedlicher Problemstellungen zum Tragen kommt (Energieverschwendung & Kapitalismus, industrialisierte Landwirtschaft, Energieversorgung als globales soziales Recht etc.) und drittens mit dem zweifelsohne fragwürdigen Hype, welcher derzeit um die Klimafrage gemacht wird. Und doch: So sehr sich die Klimafrage als politisches Kampfterrain aufdrängt („social change – not climate change!“), aus unserer Sicht wäre es eine verschenkte Chance, würde es nächstes Jahr lediglich bei einem thematisch beschränkten Großevent bleiben (und realistisch betrachtet, wird es kaum möglich

sein, mehrerer solcher Camps 'hochziehen')). Denn dass der G8-Protest zu dem geworden ist, was er war, hatte ja gerade mit der Masse und der Unterschiedlichkeit der Beteiligten samt ihrer jeweiligen Schwerpunkte (Stichwort: Thematische Aktionstage) zu tun. In diesem Sinne wäre ein Klimacamp noch nicht einmal ansatzweise in der Lage, quantitativ und qualitativ an den Heiligendamm-Protest anzuschließen – eine Feststellung, die wir sehr wohl im Wissen darum treffen, dass die InitiatorenInnen des Klimacamps (bislang) überhaupt nicht den Anspruch erhoben haben, in die Fußstapfen des G8-Protests treten zu wollen.

Praktisch heißt das für uns, dass wir statt eines Klimacamps ein 'mehrsäuliges' Camp vorschlagen möchten. Konkreter: Wir fänden es politisch sinnvoll, würden auf dem Camp neben 'Klima' (als sicherlich prominentester Säule) auch noch weitere Schwerpunkte wie 'Migration', 'Krieg & Frieden' oder 'Prekarisierung & Aneignung' verhandelt werden – was im übrigen auch dazu passt, dass es im antirassistischen Spektrum zumindest vorsichtige Überlegungen gibt, im nächsten Sommer an einem der großen Abschiebeflughäfen ein NoBorder-Camp zu organisieren). Hierdurch würde zwar 'Klima' sein Alleinstellungsmerkmal verlieren, dennoch ginge dies mit mindestens vier Vorteilen einher: Erstens dürften zu einem solchen mehrsäuligen Camp deutlich mehr AktivistInnen als zu einem Single-Issue-Event kommen, mit der Konsequenz, dass jedem der einzelnen Schwerpunkte ungleich größere Aufmerksamkeit zuteil würde (konkret halten wir 3.000-4000 AktivistInnen durchaus für möglich – immerhin befinden wir uns im Jahr I nach Heiligendamm). Zweitens würde hierin die Chance liegen, die Verknüpfungen zwischen den einzelnen Themenkomplexen theoretisch und praktisch sichtbar zu machen und somit jenen Crossover-Faden fortzuspinnen, der in der G8-Mobilisierung zwar oft proklamiert, aber nur selten umgesetzt wurde. Drittens würde erst eine Masse von mehreren tausend AktivistInnen zwei oder drei ernsthafte (an BlockG8 anschließende) Blockade-, Stilllegungs-, Aneignungs etc. -aktionen möglich machen, ob an einem Flughafen, einer Kraftwerk-Baustelle, einem Rüstungsbetrieb oder einer gigantischen Shoppingmal. Viertens würde einem ausdrücklich auf den Geist bzw. Das Potential von Heiligendamm bezogenen Camp von Anfang an ein überproportional hoher Aufmerksamkeitslevel garantiert sein.

Sorge, dass ein derartiges Camp zu einem unüberschaubaren Gemischtwaren-Laden würde, hätten wir nicht – in diesem Zusammenhang möchten wir ausdrücklich an die viel zitierte G8-Choreografie des Widerstandes erinnern. Zentraler Unterschied zu Heiligendamm wäre vielmehr, dass es nicht mehr einen lokalen G8-Gipfel als 'natürliche' Klammer gäbe. Dies könnte auf zweierlei Weise kompensiert werden: Entweder darüber, dass ein solches Camp parallel zum nächsten G8-Gipfel in Japan stattfände, wo Klima ebenfalls eine größere Rolle spielen soll (7.-9. Juli 2008), oder darüber, dass wir die Kämpfe durch eine eigene Klammer verbinden – etwa die (als Kristallisationspunkt fungierende) Forderung nach globalen sozialen Rechten.

Es dürfte sich von selbst verstehen, dass ein solches Camp – ansonsten wäre es nicht realisierbar – von vielen tatsächlich gewollt sein müsste – nicht nur von denen, die die Initiative zu einem Klimacamp lanciert haben, sondern auch von etlichen weiteren Einzelpersonen, Gruppen und Netzwerken. In diesem Sinne möchten wir unsere Initiative lediglich als Diskussionsvorschlag verstanden wissen – ggf. würden wir uns natürlich an der Verwirklichung eines entsprechenden Projektes beteiligen.

To be continued...

# Mehrsäulencamp zum Zweiten...

07. Dezember 2007

kein mensch ist illegal Hanau, NoLager Bremen,  
six hills, Gipfelsoli sowie x-weitere AktivistInnen von  
hier & dort.



Unter der etwas sperrigen Überschrift „Wie weiter nach Heiligendamm: Klima- oder ‚Mehrsäulen‘-Camp?!?“ hatten wir bereits Ende Oktober ein Diskussionspapier über diverse (G8-)Mailinglisten verbreitet, in dem wir uns kritisch-solidarisch mit der inzwischen immer konkreter verhandelten Idee eines Klimacamps im Sommer 2008 auseinandersetzen (vgl. <http://wiki.klimacamp.org/index.php/Strategiepapiere>).

Unsere Überlegungen kreisten im Kern um zweierlei: Zum einen machten wir uns dafür stark, dass aktuelle politische Projekte wie z.B. das Klimacamp stets auch im Hinblick auf die in der G8-Mobilisierung gesammelten (Bündnis-) Erfahrungen angegangen werden sollten – zumindest im Jahr I nach Heiligendamm. Zum anderen verknüpften wir das mit der Schlussfolgerung, dass es eine Art partikularistischer Rückfall wäre, würde im nächsten Sommer ein vorrangig auf die Klima- (oder irgendeine andere) Problematik beschränktes Camp über die Bühne gehen. Stattdessen brachten wir den Vorschlag eines so genannten Mehrsäulencamps ins Spiel. Darunter verstehen wir – im Anschluss an die viel zitierte „Gesamtchoreografie des Widerstands“ in Heiligendamm – ein Camp mit mehreren Themenschwerpunkten (d.h. Säulen), die zwar politisch und thematisch eng aufeinander bezogenen sind, ohne jedoch in einem wie auch immer gearteten Hierarchieverhältnis zu stehen. Unsere Anmerkungen haben – so scheint es – ein durchaus lebhaftes Echo hervorgerufen, was uns natürlich freut. Und doch: Die konkrete Zustimmung ist eher bescheiden ausgefallen. Das ist der Grund, weshalb wir uns einmal mehr zu Wort melden möchten – einfach deshalb, weil uns an der Sache sehr gelegen ist.

Beginnen möchten wir mit Stimmen & Stimmungen, die uns bei Leuten begegnet sind, welche mit der Vorbereitung des Klimacamps nichts am Hut haben. Hierzu zählen unter anderem AktivistInnen aus der antirassistischen Ecke, wo ja ebenfalls über eine größere (Camp-) Zusammenkunft im kommenden Jahr nachgedacht wird – womöglich samt Flughafenblockade wie 2001 beim 4. Antirassistischen Grenzcamp in Frankfurt (da die Initiative im Kern von Hamburger Gruppen ausgeht, dürfte Hamburg + X auch Ort des Geschehens werden). Insbesondere zwei Tendenzen sind uns bei unseren Erkundungen ins Auge gefallen: Einerseits hat niemand – was uns keinesfalls erstaunt – dem Vorschlag eines Mehrsäulencamps explizit widersprochen. Andererseits sind Vorbehalte gegenüber der ‚Ökologiefrage‘ mehr als deutlich zu Tage getreten, so wie sich auch die (politische) Lust auf intensive Bündnis- und Koordinierungsprozesse als reichlich begrenzt entpuppt hat.

Was den politische Unwillen anbelangt, sich ernsthaft mit der Klimaproblematik auseinanderzusetzen, sind wir zwiegespalten: Auf der einen Seite behagt uns der apokalyptische Zungenschlag ebenfalls nicht, mit dem just diese Frage regelmäßig aufgemacht wird. Und zwar nicht nur, weil Endzeitstimmungen noch nie geeignete Wegweiser im politischen Alltag gewesen sind, sondern auch deshalb, weil dies von vielen Menschen als moralinsaure Zumutung, ja Erpressung empfunden wird. Und dennoch: Die Zerstörung ökologischer Ressourcen – nicht zuletzt durch fossilistische Energieproduktion – hat dramatische Ausmaße erreicht, das kann schlechterdings bestritten werden. Einer Linken auf der Höhe der Zeit bleibt insofern nichts anderes, als einen angemessenen Umgang mit den entsprechenden Herausforderungen zu finden, auch dort, wo die Ökologiefrage (erklärtermaßen) unbequem zu werden droht.

Ungleich problematischer erscheint uns jedoch die mehr oder weniger offen(siv) artikulierte Nicht-Bereitschaft zu bewegungs- und spektrenübergreifenden Bündnisprozessen. Denn so sehr themenspezifische Spezialisierungen (im Sinne von Arbeitsteilung) unumgänglich sind, so wenig sollte die schwerpunktmäßige Beschäftigung mit einem Themenfeld unter selbstgenügsamen,

d.h. partikularistischen Vorzeichen erfolgen – das ist unseres Erachtens eine der zentralen Fortschritte in der gemeinsamen G8-Mobilisierung gewesen. Einerseits weil die Dinge in der ‚Wirklichkeit‘ immer schon eng verzahnt sind, ein Sachverhalt, der sich auch auf der Seite des Protests bemerkbar machen sollte – unter anderem deshalb, um vermeintlichen oder tatsächlichen Widersprüchen frühzeitig das Wasser abgraben zu können: Zum Beispiel ist einem IG-Metall-Gewerkschafter in Deutschland die gedeihliche Entwicklung der Automobilindustrie fast zwangsläufig ein grundlegendes Anliegen (und zwar aus durchaus nachvollziehbaren Gründen), umgekehrt sollte der Individualverkehr aus klimapolitischer Sicht massiv eingeschränkt werden, zumal private PKW-Nutzung mittlerweile nicht mehr nur ein Privileg der reichen Industrieländer ist. Andererseits ist Partikularismus auch deshalb eine Sackgasse (und ist es immer schon gewesen), weil eine nur auf sich selbst beschränkte Teilbereichsbewegung schlicht und einfach nicht im Stande ist, gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verschieben – noch nicht einmal auf ‚ihrem‘ ureigensten Feld. Oder konkreter: Dass Heiligendamm derart beflügelnd gewesen ist – mit beträchtlichen Rückkoppelungseffekten mindestens unter den AktivistInnen selbst – dürfte nicht zuletzt damit zu tun gehabt haben (um nur zwei Beispiele zu nennen), dass wir am 3. Juni mit 5000 Menschen gegen den Wahnsinn in der globalen Landwirtschaft demonstriert haben und nicht mit 100 wie am 17. April in Berlin (anlässlich des weltweiten Aktionstags von via campesina) oder dass am 4. Juni 8.000 Menschen zur Demo „für globale Bewegungsfreiheit“ und „gleiche Rechte für alle“ gekommen sind und nicht wie sonst bei antirassistischen Aktionen 200-300.

Just an diese (symbolischen) Erfolge gilt es anzuknüpfen, jedenfalls wäre es aus unserer Sicht ausgesprochen enttäuschend, im Sommer 2008 mit 1000 Menschen vor der Baustelle eines Kohlekraftwerks zu sitzen oder mit 500 Leuten über einen riesigen Flughafen zu irren. Denn in beiden Fällen würden keine effektiven Blockaden à la Heiligendamm zustandekommen, was allerdings Voraussetzung dafür ist, das Thema nicht nur in den überregionalen Medien, sondern auch in der linken Öffentlichkeit zu platzieren – letzteres auch mit wichtigen Impulsen für die häufig vergeblich anmutende Arbeit auf lokaler Ebene.

Wir möchten nunmehr zur Diskussion innerhalb der Klimacamp-Vorbereitung kommen, soweit wir sie live, in Einzelgesprächen und über die Mailingliste mitbekommen haben. Denn auch hier scheint unser Vorschlag eher auf gedämpfte Zustimmung gestoßen zu sein. Dies kommt nicht nur in zahlreichen Beiträgen auf der Mailingliste („Ich will ein Klimacamp, sonst nix“), sondern auch in der aktuellen Einladung zum zweiten Klimacamp-Vorbereitungstreffen unmissverständlich zum Ausdruck: Dort heißt es zwar, dass „kein single-issue-camp“ erwünscht sei, vielmehr solle es ein „gleichberechtigtes Miteinander der verschiedenen Bewegungen geben.“ Umgekehrt wird jedoch auch betont, und zwar gleich zu Beginn: „Klima ist die inhaltliche Klammer des Camps“, Ziel sei es, „durch Workshops und Aktionen zu verschiedenen Kämpfen deren Verbindung zum Thema Klima aufzuzeigen.“

In unseren Augen stellt dies eine bestenfalls halbherzige Offenheit dar, denn bei weitem nicht alle Kämpfe lassen sich gleichermaßen mit der ökologischen Frage kurzschließen. Keine Probleme dürfte es etwa mit Themenfeldern wie „globale Landwirtschaft“, „Atomwirtschaft“ oder „Ressourcen-Kriege“ geben, liegen doch hier die Verbindungslinien klar auf der Hand. Anders verhält es sich bereits mit der „sozialen Frage“: Es wäre zwar ohne große Mühe aufzeigbar, (um ein x-beliebiges Beispiel rauszupicken), inwieweit die so genannte Lissabon-Strategie der EU, wonach die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt ausgebaut werden soll, nicht nur ein Arbeitsplatzzerstörungsprogramm ist, sondern auch ökologische Standards massiv in Bedrängnis bringt.

Allein: Das ist nur die eine Seite der Medaille. Denn die Kämpfe von Erwerbslosen leiten sich in aller Regel nicht von allgemeinen Überlegungen ab, sie setzen vielmehr an konkreten Problemen an, etwa bei 1-Euro-Jobs oder Zwangsumzügen. Ähnliches gilt auch für die Kämpfe von Flüchtlingen und MigrantInnen: So sehr der Klimawandel mit desaströsen Konsequenzen insbesondere in den armen Ländern des Globus einhergeht (und deswegen viel mit Landflucht

und Migration zu tun hat), Flüchtlinge und MigrantInnen in Europa kämpfen dennoch in erster Linie gegen Abschiebungen und rassistische Entrechtungen. Mit anderen Worten: Es genügt keineswegs, einfach nur analytisch herauszuarbeiten, dass alles mit allem zusammenhängt, es gilt vielmehr auch, die Eigenlogiken sozialer Kämpfe zur Kenntnis zu nehmen! Letzteres trifft natürlich auch auf all jene Auseinandersetzungen zu, die nur mit argumentativer Akrobatik ökologisch ‚gerahmt‘ werden können. Exemplarisch sei die zur Zeit allenthalben intensiv verhandelte Frage von „Sicherheit, Kontrolle & Überwachung“ erwähnt – samt „Luxussanierung innerstädtischer Bezirke“. Pikant ist letzteres im übrigen auch deshalb, weil das nächste Klimacampvorbereitungstreffen am gleichen Wochenende stattfinden wird wie die große „Out of control“-Demo in Hamburg (14.-16.12.)..

Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte nachvollziehbar werden, weshalb wir uns einmal mehr für ein wirkliches, d.h. ein unverkürztes Mehssäulencamp aussprechen möchten. Ein solches Projekt würde nämlich – darauf sind wir bereits in unserem ersten Diskussionspapier eingegangen – sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht eine sehr viel größere Dynamik entfalten als jedes nur erdenkliche single-issue-Projekt. Und das mit nicht unerheblichen Konsequenzen: Denn selbst wenn sich mehrere Teilbereichsbewegungen 10 Tage lang die öffentliche und interne Bühne teilen müssten, dürfte unter’m Strich jede einzelne von ihnen (also auch die derzeit nicht nur in Deutschland aus dem Boden sprießende „Social change, not Climate Change“-Bewegung) ungleich stärker von einem Mehssäulen- denn einem reinen Klimacamp profitieren.

Wie aber könnte es weitergehen? Bekanntlich finden vom 17.-20.01.2008 in Berlin die so genannten Perspektiven-Tage statt ([www.perspektiventage.de](http://www.perspektiventage.de)). Im Mittelpunkt wird die Frage stehen, wie es mit dem Heiligendammprozess inhaltlich und organisatorisch weitergehen soll – dementsprechend sind alle an den G8-Protesten beteiligten Gruppen, Spektren und AktivistInnen eingeladen, sich aktiv in die Perspektiventage einzuklinken. Für das Klimacamp könnte dies also eine äußerst günstige Gelegenheit darstellen (so denn gewollt), seine politische und soziale Basis im Sinne der Mehssäuligkeit auszubauen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch, dass sich vom 04.-06.01. das „Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft“ und vom 12.01. bundesweite antirassistische Zusammenhänge treffen werden – insofern dürfte bis zu den Perspektiventagen auch in anderen Teilbereichsbewegungen eine Selbstverständigung in Sachen ‚Mehssäulencamp‘ erfolgt sein. Wichtig ist uns indessen, dass wir mit unserer Initiative niemandem Wind aus den Segeln nehmen möchten – nichts wäre bescheuerter als das! Das ist der Grund, weshalb wir uns sehr wohl (niedrigschwellige) Kompromisse vorstellen können, beispielsweise die Organisation von zwei oder drei themenbezogene Camps am gleichen Ort und zur gleichen Zeit, inklusive eines gemeinsamen Aktionsfahrplans – so wie es ja auch während des G8-Gipfels mehrere Camps gegeben hat, von denen aus AktivistInnen zu gemeinsamen Aktionen aufgebrochen sind (wie das praktisch aussehen könnte, dazu wird kein mensch ist illegal Hanau in den nächsten Tagen noch einiges aufschreiben und ebenfalls verschicken).

Es bleibt: Leider können wir am Dezember-Treffen nicht oder allenfalls vereinzelt teilnehmen – was im übrigen auch (aber nicht nur) mit der Out of Control-Demo in Hamburg zu tun hat. Uns ist bewusst, dass dies nicht sonderlich glücklich ist, es lässt sich aber nicht ändern.



# Kombiniertes Doppelcamping 2008?

12. Dezember 2007 kein mensch ist illegal und glocal group Hanau

Wie im unlängst von nolager Bremen verschickten Papier „Mehrsäulencamp zum Zweiten...“ kurz erwähnt, soll im folgenden ein weiterer (Kompromiss?) Vorschlag in die Debatte gebracht werden. Wir gehören zwar

„unterschriebenermaßen“ zu den Gruppen, die sich prinzipiell für ein

Mehrsäulencamp aussprechen und dies in der Tat als das angemessenste Folgeprojekt der Anti-G8-Mobilisierung ansehen. Wir fänden es aber auch schade, wenn sich jetzt nur noch die Alternativen „entweder ganz zusammen oder ganz getrennt“ gegenüberstehen und damit eine womöglich unproduktive Polarisierung die Diskussion dominieren würde. Deshalb formulieren wir hiermit eine dritte Möglichkeit und hoffen, dass zunächst alle schon Beteiligten bereit sind, zumindest bis zu den Perspektiventagen (vom 17. bis 20. Januar) diesbezügliche Entscheidungen offen zu halten. Denn wir gehen davon aus, dass es im Rahmen dieser Konferenz in Berlin in einer sehr viel breiteren und vor allem (aus den unterschiedlichen Vorbereitungskreisen) gemischteren Zusammensetzung um diese doch relativ zentralen Fragen für den nächsten Sommer gehen wird und dass dies die jeweiligen Vorbereitungskreisen in ihre Entscheidungsprozesse miteinbeziehen sollten.

Sicherlich, weder bei der Kasseler Klimacamp- noch bei der Hamburger Antira-Camp-Vorbereitung dürften die Entscheidungen schon endgültig gefallen sein, die Tendenzen sind aber in beiden Prozessen ähnlich: Die zentrale Überschrift "Klima" über dem einen, der Schwerpunkt „Antirassismus/Migration“ beim anderen Projekt. Ein gemeinsames Camp wird offensichtlich (zumindest mit jeweils starken Stimmen) eher als Verwässerung oder „Gemischtwarenladen“ angesehen statt als Bereicherung und stärkende Klammer. Interessieren würde uns hier schon, ob es denn bezüglich der Anti-G8-Mobilisierung eine ganz andere Einschätzung und Bilanz gibt als sie von vielen Gruppen und auch von uns formuliert wurde. Dass also wirklich bestritten wird, dass es dort gerade die themen- und spektrenübergreifende Zusammenarbeit und die gemeinsam entwickelte Choreographie war, die den (relativen) Erfolg oder die starken Momente möglich gemacht haben.

Wir bedauern jedenfalls alle Trennungs- oder auch Hierarchisierungstendenzen umso mehr, als wir zu denen gehören, die sich schon in der Anti-G8-Mobilisierung, aber auch danach und mit weiteren in Planung befindlichen Aktivitäten für eine übergreifende Initiative für „Globale soziale Rechte“ stark machen. Wer den im Oktober veröffentlichten Plattformtext unter gleichem Titel gelesen hat (siehe <http://www.medico-international.de/aktiv/netzwerk.asp>), der/m dürfte aufgefallen sein, dass hier nicht zufällig sowohl das Recht auf Migration wie auch ökologische Gerechtigkeit thematisiert sind, dass es um Spannungsfelder und Konvergenzen geht, die verstärkt in die gemeinsame Diskussion und Praxis müssen, wenn es uns mit der Weiterentwicklung der Bewegung der Bewegungen ernst gemeint ist.

Doch wir wollen zunächst nochmal durchspielen, was es u.E. ganz praktisch bedeuten würde, wenn im nächsten Sommer zwei (oder noch mehr) inhaltlich und zeitlich getrennte Campprojekte stattfinden würden. Denn dass sich schon diese beiden Campprojekte in ihrer Mobilisierung tendenziell an ähnliche AktivistInnenkreise richten, ist doch offensichtlich. Und dass es nicht das Potential gibt, zwei wirklich größere Mobilisierungen zeitversetzt hintereinander im gleichen Sommer zu machen, dürfte hoffentlich unumstritten sein. Insofern wäre die Auftrennung in unseren Augen in jedem Fall eine faktische Schwächung. Denn angesichts immer größerer Polizeiaufmärsche ist doch klar, dass entschiedenere Aktionsformen nur mit einer (relativen) Massenmobilisierung von zumindest mehreren tausend Beteiligten zur Geltung kommen können, dass also eine Handlungsfähigkeit an dieser kritischen Masse hängt, die u.E. nur mit einer übergreifenden Mobilisierung erreicht werden kann.

Wenn also bei den geplanten Campprojekten ernsthaft die (Fünf-Finger)Blockade eines



Grossflughafens oder eines Energiekonzerns/Kraftwerksbaustelle in Angriff genommen werden soll, braucht es auch ein entsprechendes Mobilisierungspotential. Und das lässt sich u.E. nur mit einer (auch) gemeinsamen Mobilisierung herstellen.

Insofern wollen wir eine Camping-08-Idee vorschlagen, die einerseits auf die offensichtlich sehr unterschiedlichen Interessenslagen oder Prioritäten eingeht, aber dennoch gleichzeitig inhaltlich wie praktisch ein Zusammenwirken ermöglicht. Vorschlag wäre die Organisation von zwei (oder mehr) zeitgleichen Camps (am besten wie schon thematisiert parallel zum G8-Gipfel in Japan im Juli), und jedenfalls in derselben Region, also momentan am ehesten rund um Hamburg! Mindestens eines eben mit dem Focus auf Klima, ein anderes zu Antirassismus/Migration. Die Camps würden autonom und in eigenen Vorbereitungstreffen (weiter)geplant, mit jeweils eigenem Veranstaltungsprogramm und auch eigenem Aktionskalender. Damit hätten sie ein themenspezifisches Profil und könnten auch ihre spezifischen Vernetzungsprozesse weiterentwickeln.

Doch zumindest ein übergreifender Klammerschub zu beiden (oder mehr) Camps sollte gemeinsam erstellt werden, der dann gegebenenfalls zu einer gemeinsamen Auftakt- sowie einer Abschlussveranstaltung einlädt, der aber jedenfalls gemeinsam zu zwei zeitlich abgestimmten Grossaktionen mobilisiert. Konkreter: angenommen, dass die Camps jeweils über 10 Tage laufen (4. bis 13. Juli, wenn der Japan-G8-Gipfel Bezugspunkt wäre) gebe es in diesem Zeitraum eine Grossaktion am Flughafen, eine andere beim Energiekonzern oder Kraftwerk. Und beide (oder mehr) Camps mobilisieren eben auch an diesen beiden Tagen ausschließlich zu diesen beiden gemeinsamen Grossaktionen. Ergänzt werden könnte dies unter Umständen durch jeweils gemeinsame Pressekonferenzen, und zwar in Anlehnung an die guten Erfahrungen von Heiligendamm, wo es ja ebenfalls jeden Morgen eine spektren- und bewegungsübergreifende Pressekonferenz gegeben hat.

Mit diesem Vorschlag des „kombinierten Doppelpcampings“ wollen wir wie gesagt eine weitere Möglichkeit in die Debatte bringen und hoffen, dass diese bei den Diskussionen der jeweiligen Netzwerke wie auch dann im Rahmen der Perspektiventage als Option miteinbezogen werden.





# Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat ...

09. Januar 2007

Antirassismusbüro Bremen (ARAB)

## Ein Text zu Klimawandel, sozialer Frage und AktionsperspektivenVorbemerkung

Aufgrund verschiedener Debattenbeiträge und nicht zuletzt aufgrund des Vorschlags und der Planungen für ein Klimacamp 2008 hat in der Linken eine Diskussion über die Bedeutung des Themas „Klimawandel“ und die Verbindung zu anderen „klassischen“ Politikfeldern begonnen. Zu dieser Debatte wollen wir ein Papier beisteuern, das im ersten Teil eine Bestimmung dessen versucht, was wir uns unter dem Begriff „Klimawandel“ politisch eigentlich vorzustellen haben, und im zweiten Teil der Frage nachgeht, ob „Klimawandel“ als eine Art politische Klammer taugt. Der Text geht daher auch auf Fragestellungen ein, die Gegenstand aktueller und z. T. kontroverser Debatten sind. Allerdings verstehen wir ihn nicht als explizite Antwort auf einzelne Debattenbeiträge. Er ist vielmehr Ergebnis von Überlegungen, die uns schon seit Beginn des Jahres 2007 beschäftigen und die zu Papier zu bringen uns nunmehr endlich gelungen ist. Insofern ist der Text auch nicht dazu gedacht, laufende Vorbereitungen für bestimmte Projekte zu kommentieren, sondern als Anregung für eine Positionsbestimmung hinsichtlich der Bedeutung des Themas Klimawandel. Denjenigen, die in den letzten Wochen mit uns bereits erste Diskussionen geführt und uns dabei zu einer Präzisierung unserer Gedanken verholfen haben, danken wir an dieser Stelle.

### Teil 1: Der Ort des Klimawandels ist nicht der schmelzende Gletscher, sondern die kapitalistische Warenproduktion

Auch wenn über die Genauigkeit und Aussagekraft von Prognosen zu den Auswirkungen des Klimawandels noch Unsicherheiten bestehen, ist bereits heute klar, dass die Klimaveränderungen gravierende Veränderungen der globalen Ökosysteme und damit auch fundamentale Umwälzungen der menschlichen Lebensbedingungen nach sich ziehen werden. Als Beispiele seien genannt:

- Nahrungsmittelkrisen infolge anhaltender Dürreperioden oder großflächiger Überschwemmungen;
- eine weitere Verschärfung der in vielen Weltregionen aufgrund menschlicher Eingriffe bereits heute prekären Versorgung mit Trinkwasser;
- ein Anstieg des Meeresspiegels mit der Folge, dass viele Küstenstädte in derzeitiger Form nicht mehr bewohnt werden können;
- zunehmende Konflikte um knapper werdende Ressourcen (Wasser, Weideland etc.) mit der Folge bürgerkriegsähnlicher Situationen;
- Verschärfung der prekären Ressourcensituation in Megacities.

Die Wucht, mit der die entsprechenden Effekte in einzelnen Weltregionen zum Tragen kommen werden, bleibt abzuwarten. Sicher ist allerdings, dass die Anfälligkeit für klimabedingte Veränderungen der Lebensgrundlagen sehr unterschiedlich ausfallen wird. Der bereits bestehende Zusammenhang von Armut, ungünstigen Umweltbedingungen und Anfälligkeit für klimatische Extreme wie Überschwemmungen, Erdbeben, Dürren oder Stürme (sind es doch gerade Arme, die oftmals gezwungen sind, in ökologischen Risikolagen zu siedeln) wird sich zukünftig noch weiter verschärfen:

- In Regionen, in denen die Menschen aufgrund einer Kombination von Armut und ungünstigen klimatischen Bedingungen nur mangelhaft mit dem Lebensnotwendigsten versorgt sind, werden die Auswirkungen besonders gravierend sein. Denn während ihnen aufgrund ihrer prekären sozialen Situation der Zugang zu Lebensmitteln und anderen

lebensnotwendigen Gütern verwehrt bleibt, wird sich die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen weiter verschlechtern. Ursachen können sein, dass Landwirtschaft in vielen Gegenden nicht mehr oder nur noch mit enormem technischem und damit auch finanziellen Aufwand möglich sein wird, oder dass ihre wenigen Habseligkeiten von monströsen Fluten weggespült werden. Von dieser Zuspitzung wird voraussichtlich auch eine große Zahl von Menschen in den aufstrebenden Wirtschaftsgrößmächten China und Indien betroffen sein, da der Aufstieg der städtischen Eliten durch eine rücksichtlose Auspressung der Landbevölkerung und ökologische Zerstörungen im großen Maßstab erkaufte wird.

- Der Trends zu sog. „Biotreibstoffen“ wird zu einer verschärften Nahrungsmittelkonkurrenz führen, da zunehmend landwirtschaftliche Flächen zur Treibstoffgewinnung genutzt werden könnten. Die Parole „Mehr produzieren um Knappheit zu vermeiden“, die derzeit in so manchem Wirtschaftsteil zu lesen ist, greift nicht, wenn eine vermehrte Produktion aufgrund klimatischer Änderungen nicht oder nur mit enormen Kosten möglich ist. Von der z. T. verheerenden Ökobilanz des sog. „Biosprits“ hier einmal ganz zu schweigen.
- In Staaten, in denen der Aufbau von Infrastruktur gemessen an den verfügbaren Haushaltsmitteln eine enorme finanzielle Kraftanstrengung bedeutet, können Unwetter wie schwere Stürme oder Überschwemmungen die Entwicklung von Jahren oder gar Jahrzehnten zunichte machen.
- In Gegenden, in denen Hitze- und Trockenheitsperioden erhöhte Anforderungen an Vegetation und Menschen stellen, bedeutet eine Ausdehnung dieser Perioden einen zusätzlichen Stress für Menschen und Umwelt. Dieser erhöhte Stress betrifft insbesondere Menschen, die aufgrund ihrer Wohn- und Lebenssituation sowie der Art ihrer Arbeitsplätze anfälliger sind für die Folgen dieser Hitzeperioden. Während Hitze für Finanzmakler, die sich von ihren klimatisierten Büros mittels klimatisierter Fahrzeugen in ihre Wohnungen mit Air Condition begeben, lediglich ein Problem der richtigen Einstellung der Klimaanlage darstellt, sieht dies bei Menschen, deren Wohn- und/ oder Arbeitsplätze sich nicht in klimatisierten Räumen befinden, ganz anders aus. Gesellschaften, in denen ein großer Anteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitet, wären somit zweifach betroffen.

### **Der Klimawandel hat eine Dimension des Rassismus wie auch des Sozialen**

Anhand der aufgeführten Beispiele sollte deutlich geworden sein, dass Aussagen, wonach Alle „irgendwie“ vom Klimawandel betroffen sein werden, bestenfalls die halbe Wahrheit darstellen. Denn die Möglichkeit, die negativen Auswirkungen des Klimawandels durch entsprechende Maßnahmen zu kompensieren, wird entscheidend von den jeweiligen Möglichkeiten abhängen. Während z. B. die Erhöhung des Meeresspiegels bereits für die europäischen Staaten eine große finanzielle Kraftanstrengung für Deichbau und Hochwasserschutz bedeutet, aber angesichts der geballten Finanzkraft wohl grundsätzlich zu bewältigen sein wird, ist es hierzulande kein Gegenstand gesellschaftlicher Debatten, wie den entsprechenden Folgen in ärmeren Ländern begegnet werden soll. Grace Akumu vom Climate Network Africa in Nairobi fasst die doppelte Betroffenheit im Hinblick auf den afrikanischen Kontinent wie folgt zusammen:

„Afrika wird aufgrund seines unterentwickelten Status von den Auswirkungen des Klimawandels am härtesten getroffen werden. Viele Länder in Afrika erleben aufgrund des Klimawandels bereits jetzt Konflikte um die Verteilung von Ressourcen wie Auseinandersetzungen um Wasserreservoirs. Die Nahrungsmittelsicherheit in vielen afrikanischen Staaten ist bereits jetzt gefährdet. Regierungen haben Schwierigkeiten die Infrastruktur ihrer Länder wieder aufzubauen, die durch großflächige Überschwemmungen im Zusammenhang mit den El-Nino Effekten der Jahre 1997 bis 1998 beschädigt wurde. Gleichzeitig ist der Transfer von Ressourcen von den für den Klimawandel verantwortlichen reichen Staaten enttäuschend langsam und zu unbedeutend, um Afrika sinnvoll bei der Anpassung an Schäden zu unterstützen. Das bedeutet, dass die kleinen Entwicklungsfortschritte, die der Kontinent gegenwärtig macht,

durch die Folgen des Klimawandel zunichte gemacht werden könnten – insbesondere bei der Entwicklung der Infrastruktur wie auch beim allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung.“

In diesem Sinne zahlen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent wieder einmal die Zeche für den verschwenderischen Lebensstil der Kolonialmächte. Die Auswirkungen des Klimawandels reihen sich ein in die seit Jahrhunderten andauernde Geschichte von kolonialer Ausbeutung und Vernichtung, mit deren Folgen auseinander zu setzen, sich die europäischen Staaten weigern. Diese Geschichte setzt sich fort, wenn zwar medienwirksam über Dürren und Fluten berichtet wird, gleichzeitig aber eine konkrete Verantwortungsübernahme für die desaströsen Folgen des eigenen Energie- und Rohstoffhungers verweigert wird.

Fragen danach, was mit den Menschen im Süden geschehen soll, die nicht in der Lage sind, Anpassungsstrategien an die Veränderung ihrer Lebensbedingungen zu entwickeln bzw. zu finanzieren, werden gar nicht erst gestellt. Ist es die Vision der Reichen, dass diese Menschen ihr Leben im besten Fall in Lagern mit prekärer Lebensmittellieferung zubringen sollen? Jedenfalls arbeiten Geostrategen aus diversen Think-Tanks und einschlägige Kriegspolitiker bereits heute im Hintergrund an Szenarien zur Abwehr von Klimaflüchtlingen.

In Europa selbst werden die mit den vorgeschlagenen technologischen Anpassungsstrategien verbundenen Kosten für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen wenn nicht zur Existenzfrage so doch mindestens zur Frage nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Denn während steigende Energie- und Lebensmittelpreise Reiche kaum interessieren dürften, engen sie die finanziellen Spielräume von Menschen mit niedrigen Einkommen enorm ein oder katapultieren sie in eine andauernde finanzielle Abwärtsspirale. Gleichzeitig erkaufen sich diejenigen, die es sich leisten können, die Fortsetzung des bisherigen Lebensstils. Die offerierten Ablasszahlungen bei Flugreisen sind ein Beispiel dafür.

Die hohe Anfälligkeit gegenüber den negativen Folgen von Klimaveränderungen und fehlende Möglichkeiten zur Anpassung betreffen somit nicht nur arme Staaten sondern auch Menschen in reichen Ländern, die nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Oder anders gesagt: Wer arm ist, hat wenig oder keine Chancen, der drohenden Verschlechterung der eigenen Lebensverhältnisse zu begegnen. Der Klimawandel hat daher sowohl eine Dimension des Rassismus wie auch des Sozialen. Die Zerstörung der Stadt New Orleans durch den Hurrikan „Katrina“ ist eine Parabel darauf, welche Wechselwirkungen sich hier ergeben können. Dieser mächtige Sturm hätte wohl nicht genügt, weite Teile der Stadt zu überfluten, wäre er nicht auf eine aus politischen Gründen vernachlässigte öffentliche Infrastruktur getroffen. Diese Vernachlässigung war nicht zuletzt die Folge des Rassismus in den USA. In der Folge haben diejenigen, die das Zepter der Macht in Händen halten, versucht, die Zerstörungen der Stadt zum Ausgangspunkt zu nehmen für eine „Bereinigung“ der sozialen Verhältnisse mit einer Vertreibung der Armen. Gleichzeitig ist New Orleans ein Beispiel dafür, wie mittels Widerstand von unten erfolgreich versucht werden kann, sich der Nutzung der Zerstörung durch die Reichen und Mächtigen zu widersetzen.

### **Die „Klimadebatte“ als Wohlfühlprogramm für die Mittel- und Oberklasse**

Von der engen Verbindung zwischen Klimawandel und sozialen Verhältnissen ist in den Diskussionen hierzulande jedoch so gut wie keine Rede. Eine öffentliche „Klimadebatte“, die diesen Namen verdienen würde, findet nicht statt. Das widerspricht in höchstem Maße sowohl ihrer Dringlichkeit, als auch ihrer Komplexität. Was nach den UN-Berichten zum Thema in den Medien verblieben ist, ist die übliche sensationslüsterne Mixtur aus Wetterkatastrophen und systemimmanenten Lösungsansätzen. Es ist also viel die Rede vom Wetter (und weniger vom Klima), ganz viel von erneuerbaren Energien, Wärmedämmung und Energieeffizienz<sup>1</sup> (und nicht

<sup>1</sup> Um am dieser Stelle nicht falsch verstanden zu werden: Es spricht nichts gegen intelligente technische Lösungen, die den Energieverbrauch senken oder Energie aus regenerativen Quellen bereit stellen. Was hier kritisiert werden soll, ist der Glaube, mit technischen Maßnahmen alleine könne das „Problem“ Klimawandel „gelöst“ werden. Denn bereits jetzt sehen wir, was daraus folgt: Seitens der EU werden feste Anteile für „Bio“- Treibstoffe als Zielvorgaben

vom Wachstumswahn, vom industriellen Energiehunger oder vom Irrsinn der Exportweltmeisterschaft usw.), und ein bisschen vom armen Süden, der wie immer irgendwie am Meisten betroffen ist (und nicht von den Verantwortlichkeiten globalisierter Ausbeutung). Dazwischen setzen sich CDU Merkel und SPD Gabriel z.B. in Grönland als „verantwortungsbewusste Politiker/innen“ in Szene, die sich „vor Ort ein Bild über den Klimawandel“ machen. Dabei ist der Ort des Klimawandels nicht der schmelzende Gletscher, sondern die kapitalistische Warenproduktion.

Diese Art der „Klimadebatte“ ist nicht allein einer Medienwelt zu verdanken, die Sensation vor Hintergrund, Halbwahrheiten und schlichte Lügen vor Recherche stellt, und darüber hinaus so hoffungslos mit dem politischen System verwoben ist, dass sämtliche Ansprüche an eine unabhängige Berichterstattung geradezu absurd sind.<sup>2</sup> Sie ist sicherlich auch jenen Organisationen und Strukturen zu verdanken, die sich die „Ökologie“ schon vor Jahrzehnten auf ihre Fahnen geschrieben haben, aber leider dermaßen in die Systemlogiken eingebunden und mit ihnen verwoben sind, dass seitens von Greenpeace, Nabu, Bund usw. zwar alarmierend auf den Ernst der Lage hingewiesen wird, letztlich aber vorrangig technische Lösungen formuliert werden. So werden Windkraft und Hybridmotoren, Energieeinsparung und Wärmedämmung, Ablasszahlungen für Vielflieger/innen und heimatnahe Urlaubsziele als Problemlösungen offeriert, ohne auch nur im Ansatz mögliche soziale Ursachen und Folgen des Klimawandels zu diskutieren. Als Umweltlobbyisten scheinen sie (trotz G 8) an politischen Mobilisierungen jenseits ihrer gut organisierten „Spektakel“ ja auch weniger interessiert zu sein. Sie tragen insofern auch dazu bei, die Antworten auf den Klimawandel und seine Folgen zu individualisieren. Inzwischen ist es ja schon soweit, dass sich jeder und jede als „Klimaretter“ aufspielen kann, wenn er oder sie nur den Stromanbieter wechselt. Die „Klimadebatte“ und die hierbei formulierten Antworten sind auf dem besten Wege zum Wohlfühlprogramm für die Mittel- und Oberklasse zu verkommen, das moralische Überlegenheit suggeriert („man tut ja was“), gleichzeitig aber unhistorisch ist und die soziale Dimension des Phänomens völlig ausblendet.

Eine systemimmanente „Lösung“ der Probleme ist nach unserer Auffassung schlichtweg nicht möglich. Nicht möglich auf jeden Fall dann, wenn wir in einem internationalen Rahmen denken wollen. Aber selbst aus einem euro-zentristischen Egoisten-Blickwinkel heraus können wir nur die üblichen Profiteure ausmachen, wenn Klimaschutz lediglich als neuer Markt begriffen wird. Die innovativen Lösungsansätze hiesiger Politiker/innen und Lobbyisten/innen machen nur ein neues Fass deutscher High-Tech-Betriebe auf, binden die einigermaßen finanzkräftigen Bevölkerungsteile des Landes in eine pseudo-klimafreundliche Politik der CO<sub>2</sub>-Minderung ein, und leugnen weitgehend die Verantwortung der kapitalistischen Metropolen mit ihrer immerhin gut 150jährigen Ausbeutungs- und Verwertungsgeschichte.

Zusammengefasst verstehen wir unter dem Begriff „Klimawandel“ somit einen weltweiten, bereits in Gang befindlichen – und nicht etwa in ferner Zukunft zu erwartenden – Prozess, der zu einer gravierenden Zuspitzung bestehender sozialer Verhältnisse und Gegensätze führt. Dabei umfasst der Begriff für uns auch die Anpassungsstrategien der Eliten und steht somit für insgesamt geänderte Rahmenbedingungen sozialer Kämpfe.

---

formuliert, ohne sich eingehender mit den ökologischen (Stichwort Ressourceneinsatz und Regenwaldzerstörung) und sozialen (Stichwort: Nahrungsmittelkonkurrenz) Folgen dieser Vorgabe zu beschäftigen. Kraftwerksbetreiber halten an ihren Monopolen fest, bauen Großkraftwerke auf Kohlebasis und versuchen sich in dem Irrsinn einer CO<sub>2</sub> Abscheidung (wenn nicht gleich die Kernenergie als Ausweg verkauft wird). Die allzu schnelle Fokussierung auf die technologische Lösung blendet somit aus, dass jede neue im großen Maßstab eingesetzte Technologie immer auch neue Probleme erzeugt. Von der Frage, welche Arten von technologischen Lösungen wie finanziert werden sollen, ganz zu schweigen (Der Ablasshandel für Flugreisen funktioniert ja nach dem Modell dem verarmten ländlichen Indien als Kompensation dafür, dass man in den Industrienationen weiterhin beliebige Einkaufs- oder Urlaubsreisen mit dem Jet unternimmt, einen Solarkocher zu spendieren – ein Modell, das nur funktioniert, wenn der enorme Unterschied in den Lebensverhältnissen aufrecht erhalten wird).

<sup>2</sup> Vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden politischen und sozialen Verunsicherung in den Metropolen, eines wirksamen konservativen „Roll-Back“, und einer nie zuvor existierenden Medienmacht, sollten wir die Wirkung ihrer politischen Inszenierungen und pseudo-wissenschaftlichen Reportagen aber nicht unterschätzen.

## **Teil 2: Der „Klima-Hype“ oder:**

### **Ist die Zeit reif für eine klima-politische Offensive von unten ?**

Da wir als Linke an vielen verschiedenen Punkten gegen die Systemlogik zu kämpfen versuchen, muss sich für uns immer wieder die Frage nach den Verbindungen, den Gemeinsamkeiten, nach der Idee des „Gemeinsam kämpfen“ stellen, d. h. Nach Schnittmengen und Verknüpfungen.

Jedenfalls dann, wenn wir das „große Ganze“ immer noch vor Augen und im Visier haben. Auch wir scheuen uns ein bisschen davor, von Revolution zu reden, haben aber den Eindruck, dass ein vielfaches und energisches „**Schluss jetzt !**“ angesagt wäre.

Große überregionale Events wie der G8-Gipfel 2007 bieten sich natürlich an, diese Radikalität, diese Gemeinsamkeiten oder unsere Visionen davon, in den Mittelpunkt zu rücken, kräftemäßig ist so etwas aber nicht jedes Jahr drin. Mal abgesehen davon steht dem guten Gefühl, mit vielen Menschen ein oder mehrere Tage gemeinsam auf der Straße / im Camp Widerstand geleistet zu haben, die Tatsache gegenüber, die meiste Zeit eines Jahres allein auch nur ein Rädchen im Gefüge des globalisierten Schwachsinn zu sein. Also müssen wir einerseits sehen, was es an guten und umsetzbaren Initiativen und Aktionsplanungen so gibt, und andererseits überlegen, wie wir die mediale politische Hegemonie der herrschenden Kräfte durchbrechen können. Politische Zusammenarbeit darf sich ja auch nicht darin genügen, (vorübergehend) eine gewisse Binnen-Harmonie zu erzeugen, sondern muss darauf gerichtet sein, die politische Definitionsmacht quasi in Wort- und Bild zurück zu erobern!

Insofern ist klar, dass wir unabhängig von irgendwelchen „Gipfeln“ der Herrschenden nicht darum herum kommen werden, linke und linksradikale Zusammenarbeit „neu“ zu definieren. Ganz bestimmt geht das nicht über den vielfach eingeschlagenen Weg, einen gewissen Mobilisierungsverlust und damit einhergehende Perspektivlosigkeit „*zunächst in den eigenen Strukturen*“ zu klären. Genauso aussichtslos wäre der Versuch, an die G8-Erfolge des vergangenen Jahres anzuknüpfen, ohne einen ähnlichen „Selbstläufer“ in der Hand zu haben. Hilfreich wäre es also, eine oder mehrere (inhaltliche und praktische) „Klammern“ zu schaffen, um unsere politische Marginalität zu überwinden und um auch ohne Gipfel-events (so hilfreich und ansprechend diese auch sind) linke Zusammenarbeit zu stärken.

### **„Klimawandel“ als inhaltlich-politische Klammer ?**

In den aktuellen Diskussionen geht es unserem Eindruck nach auch um die Frage, ob das Thema Klimawandel eine politische „Klammer“ im obigen Sinne bilden könnte. Wir haben im Zuge unserer eigenen Überlegungen festgestellt, dass eine schlüssige Antwort darauf wesentlich schwieriger zu formulieren ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Dennoch wollen wir an dieser Stelle den Versuch einer Antwort unternehmen, in der Hoffnung, damit einen brauchbaren Beitrag zu den laufenden Diskussionen zu liefern (zu welchen Schlussfolgerungen auch immer wir Alle dann letztlich kommen mögen). Wir haben „Klimawandel“ im ersten Teil als weltweiten, bereits in Gang befindlichen - und nicht etwa erst in ferner Zukunft zu erwartenden - Prozess analysiert, der zu einer erheblichen Zuspitzung bestehender sozialer Verhältnisse und Gegensätze führt. Hierbei verstehen wir unter dem Begriff „Klimawandel“ nicht nur die im Zuge der Erhöhung der Atmosphärentemperatur ablaufenden geophysikalischen und biologischen Prozesse sondern auch die Gesamtheit der Anpassungsstrategien, die von den politischen Eliten angedacht und ins Werk gesetzt werden. Tatsächlich sind wir überzeugt davon, dass es global zu einer gravierenden Umwälzung der Lebensverhältnisse kommen wird (und das völlig unabhängig davon, wie schnell irgendwelche Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen greifen werden oder können). Insofern ist auch klar, dass der Prozess des Klimawandels neue materielle und immaterielle Rahmenbedingungen für soziale Kämpfe setzt. Diese geänderten Rahmenbedingungen könnten in einzelnen Region so drastisch ausfallen, dass bestimmte Überlebensstrategien hinfällig werden bzw. neue Konfrontationen erzeugt werden.

In der angesprochenen Zuspitzung der Verhältnisse und der Änderung der Rahmenbedingungen besteht eine faktische Verbindung verschiedener Einzelthemen, - fragenstellungen und -kämpfe, die diese gemeinsam in Beziehung setzt zu dem Prozess des Klimawandels. In genau diesem Sinne ist das Thema Klimawandel als verbindendes Moment zu sehen. Gleichzeitig ist es damit auch nicht irgendein Partikularthema unter vielen anderen.

Der Klimadiskurs bietet somit dann eine Chance verschiedene Einzelfragenstellungen und -kämpfe inhaltlich zu verklammern, wenn auf den Aspekt der Zuspitzung und der sich ändernden Rahmenbedingungen Bezug genommen wird. Nach unserer Auffassung werden wir ohnehin nicht umhin kommen, diese in unsere politischen Überlegungen und unsere Praxis einzubeziehen, da sie Realität sind, ob wir das nun kurzfristig wahrhaben wollen oder nicht. Andererseits bleibt Klimawandel als politischer Begriff unbrauchbar, wenn er nicht zusätzlich zu den ablaufenden geophysikalischen und biologischen Prozesse, d. h. außerhalb einer reinen „Öko-Schiene“, auf die bestehenden sozialen Verhältnisse und Gegensätze Bezug nimmt und diese mit ins Zentrum rückt. Es geht also nicht darum, bestehende politische Initiativen oder politische Strömungen auf ein neues Hauptthema „Klimawandel“ einzuschwören und eine Art Leitthema vorzuschlagen, dem sich möglichst viele schon vorhandene politische Kampagnen / Initiativen unterordnen sollen. Denn klarerweise können nicht alle politischen Felder und Kämpfe unter dem neuen Oberbegriff „Klimawandel“ subsumiert werden: Wie Nazi-Attacken, rassistische Polizeikontrollen oder die extreme Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft der Eltern in das „Klimathema“ eingereiht werden sollen, können wir uns auch mit viel Phantasie nicht vorstellen.

Genauso wenig kann es darum gehen, „alte“ Themen durch ein „neues“ zu ersetzen oder zu ergänzen, sondern nur darum, das Thema Klimawandel vor dem Hintergrund der dadurch bewirkten Umwälzungen zu nutzen, um grundlegende politische und gesellschaftliche Fragestellungen neu zu thematisieren. Ziel ist es nicht, auf den fahrenden Zug der Eliten aufzuspringen und lediglich die drohende Apokalypse an die Wand zu malen (um dann mit Angst Politik zu machen), sondern im Klimawandel einen weiteren, nicht zu unterschätzenden zerstörerischen Ausdruck der kapitalistischen Systemlogik zu identifizieren und anzuprangern. Wird das Thema auf die dahinter stehenden, grundlegenden gesellschaftlichen Fragestellungen zurückgeführt, sehen wir darin eine politische Chance. Geht es doch unter anderem um Fragen

- der weltweiten Verteilung von und des Zugangs zu Ressourcen,
- der Überlebensfähigkeit ganzer Regionen,
- nach den zentralen Grundlagen gesellschaftlicher „Entwicklung“ in den letzten 300 Jahren, die auf dem stetig wachsenden Verbrauch fossiler Energieträger beruht,
- rücksichtsloser Umweltzerstörung,
- der weltweiten Ernährungssicherheit und Landwirtschaft,
- weltweiter Bewegungsfreiheit angesichts sich massiv verschlechternder Lebensumstände,

was letztlich somit auch eine Reihe von Aspekten globaler sozialer Gerechtigkeit beinhaltet. In diesem Sinne könnte uns das Thema Klimawandel die Möglichkeit bieten, politisch mit unseren Themen zu intervenieren, unsere eigenen Kämpfe zu verbreitern, die internationalistische Perspektive zu verstärken und die gegenwärtige Orientierungslosigkeit zu überwinden. Gleichzeitig bestünde die Möglichkeit, neue Momente einer Zusammenarbeit in der Linken zu schaffen.

### **„Klimawandel“ – ein Modethema ?**

„Klimawandel“ scheint als Modethema daher zu kommen. Allerdings übersieht eine derartige Klassifizierung das Problem und seine Folgen: „Klimawandel“ ist kein virtuelles Phänomen sondern harte Realität mit entsprechenden materiellen Auswirkungen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass der aktuelle Klimadiskurs derzeit fast ausschließlich von den gesellschaftlichen Eliten geprägt wird, die eine „Lösung“ in ihrem Sinne propagieren. Die Kehrseite der Medaille ist, dass der offizielle Hype keine gesellschaftliche Entsprechung findet. Insbesondere existieren kaum Vorstellungen über die Erfordernis, den Rezepten von oben alternative Konzepte gegenüber zu stellen. Es ist unserer Auffassung nach nicht weiter verwunderlich, dass „Klimawandel“ und „Klimapolitik“ von den Eliten aufgegriffen werden, da es strategische Themen mit erheblichen Rückwirkungen auf die zukünftigen gesellschaftlichen wie ökonomischen Entwicklungen sind. In der Tatsache, dass sie von oben besetzt sind, sehen wir wenig Unterschiede zu anderen, ebenfalls nahezu ausschließlich von oben forcierten Diskursen wie z.B. um „Terrorismus“, „Jugendkriminalität“ oder „Mindestlohn“.

Die Motive für die Beliebtheit des „Klimathemas“ in der politischen Sphäre sind vielfältig, aber nachvollziehbar: So geht es Merkel und Gabriel sicher um persönliche Profilierung, für die sich das Thema „Klimawandel“ hervorragend anbietet, solange ihrem alarmistischen Gerede keine Taten folgen müssen, die den gesellschaftlichen Eliten und den führenden Konzernen weh tun. Darüber hinaus spielt eine Rolle, dass es einer etwaigen breiteren Thematisierung von unten, die angesichts medial aufbereiteter Ergebnisse der Klimaforschung und individueller Wettererfahrungen sicher irgendwann an Bedeutung gewinnen wird, den Wind aus den Segeln zu nehmen gilt (dass in den USA ausgerechnet der „Terminator“- Gouverneur aktiv geworden ist, dürfte nicht zuletzt diesem Umstand geschuldet sein). Mit rhetorischen Bekenntnissen und trivial symbolischen Aktionen (wie „Licht aus“), die zielgenau an allen wesentlichen Fragen vorbei gehen, lassen sich derzeit sogar Wähler/innen mobilisieren, wie die letzte Wahl in Australien gezeigt hat. Wir wollen auch nicht ausschließen, dass in Teilen der Politik Besorgnis über die Auswirkungen globaler Temperaturerhöhungen existiert – der „Stern-Report“ hat die möglichen ökonomischen Folgen ja recht anschaulich beschrieben. Damit zusammen hängt, dass es im Politikbetrieb eine Reihe von Personen und Meinungsmachern gibt, die dafür bezahlt werden, „strategisch“ in die Zukunft zu denken – und sei es über die Frage, wie zukünftigen massiven Fluchtbewegungen und Unruhen militärisch zu begegnen sei. Ein entscheidender Faktor ist unserer Ansicht nach der Versuch, das Thema Klimawandel zu nutzen, um globale Prozesse in Gang zu bringen, die dem technologisch hochgerüsteten Europa im Allgemeinen und dem Exportweltmeister Deutschland im Speziellen über den Weg der technologischen Lösung einen strategischen Wettbewerbsvorteil im globalen Konkurrenzkampf verschaffen sollen.

Ausgehend von dieser Situation wären von linker Seite her Fragen zu stellen und, wenn möglich, erste Antworten zu formulieren, sowohl theoretisch als auch praktisch. Diese müssten anders ausfallen als diejenigen der tonangebenden gesellschaftlichen Eliten. Um nicht in der medialen Welle von Beiträgen zur „Klimadebatte“ unterzugehen, ist neben der Prägnanz der eigenen Positionen auch eine gewisse Mobilisierungsfähigkeit erforderlich. Dass es diese Mobilisierungsfähigkeit bislang womöglich nicht gibt, seitens der Linken weder nennenswerten Debattenbeiträge noch Kampagnenvorschläge vorliegen, und auch eine allgemeine gesellschaftliche „Mobilisiertheit“ nicht wirklich zu erkennen ist, führt insgesamt dazu, dass die Aussichten für eine „radikale“ Klimadebatte derzeit nicht die Besten zu sein scheinen. Im übrigen wirken auch die bestehenden ökologie-kritischen Strukturen felsenfest verankert im hiesigen Werte- und Denksystem. Und trotzdem, wir halten eine unabhängige politische Mobilisierung von unten für wünschenswert, für notwendig, und sogar für eine politische Chance, die wir nicht von vorn herein vertun sollten. Denn wenn uns eine gewisse Mobilisierung von unten gelingt, sollte uns die vordergründige Popularität des Themas letztlich mehr nutzen als schaden. Geschickt angestellt und mit der notwendigen Entschlossenheit ausgestattet, halten wir es für möglich, uns im großen Konzert hör- und sichtbar zu machen und die vorhandene Aufmerksamkeit zu unseren Gunsten zu nutzen. Das heißt, dass es die mediale Aufmerksamkeit uns letztlich erleichtern könnte, die tiefer liegenden grundsätzlichen Fragen zum Thema zu machen - also die ganze Fülle unseres Wissens über den Zusammenhang von weltweiter sozialer Gerechtigkeit und Klimawandel nicht nur in die Debatte, sondern auch in unsere zukünftigen Kampagnen einzubringen.

### **Den Klimawandel zum Thema machen**

Den Klimawandel von Seiten der Linken zum Thema zu machen hieße zunächst sich den Scheiß von Merkel & Co nicht länger bieten zu lassen, und das in jeder Beziehung: ob es nun um die Frage nach den (weltweiten) Fluchtursachen von Millionen von Menschen geht, oder um die Frage nach der Lebensqualität in den Metropolen, ob es um weltweite Lebensmittelproduktion und deren Transporte geht, oder um den Hochwasserschutz in Bangladesh - mit Markt- und Geldlogik, mit den Profitinteressen korrupter Regime, globaler Finanzmakler und Börsenzocker lassen sich die Probleme auf diesem Planeten nicht lösen. Binsenweisheiten sind das, und trotzdem ist die Linke hier viel zu wenig präsent. Das zu ändern sollten wir uns zur Aufgabe machen. Dazu gehört:



**Erstens** natürlich inhaltlich dem Geschwafel der selbsternannten Klimaretter/innen seitens der Regierung(en) unsere unbequemen Fragen - und vielleicht auch erste Antworten - entgegenstellen. Dazu gehört unbedingt auch, diese Aspekte in unsere ohnehin laufende politische Arbeit zu integrieren, das Thema Klimawandel in unsere Aktions- und Kampagnenplanungen inhaltlich einzubinden, und auf diesem Weg erste Schritte zu tun, die Hohlheit und Verlogenheit regierungsamtlicher und regierungsnaher Lösungsofferten offen zu legen. Es geht somit um die Neu-Definition des Begriffs „Klimawandel“, weg von der Beschreibung singulärer Naturphänomene, hin zu einem Begriff, der auch die sozialen Dimensionen impliziert. Als inhaltliche Schwerpunkte bieten sich an:

- Drastische Senkung von Emissionen; dies erfordert die „Erzwingung“ einer öffentlichen Debatte darüber, wie sich die Gesellschaft verändern muss, um dieses Ziel zu erreichen (Stichwort: Autowahn, Großkraftwerke, Vielfliegerei). Gleichzeitig muss den Versuchen, sich bestimmte Standards und Emissionsrechte erkaufen zu können, ein Riegel vorgeschoben werden. Ein weiterer Schritt ist das Aufbrechen der verengten technologischen Perspektive. Es ist Bezug zu nehmen auf die bestehenden sozialen Verhältnisse (Wer kann sich teure Energiesparsanierungen leisten? Wer trägt im Zweifelsfall die Kosten dafür?).
- Solidarische Teilung der Folgen. Es kann nicht angehen, dass die Folgenbewältigung von den jeweiligen Möglichkeiten abhängt, sowohl national als auch international; die Linke muss hierbei all jenen ein Forum bieten, die sonst in der öffentlichen Diskussion untergepflügt werden oder dort gar nicht erst auftauchen. Das bedeutet in erster Linie die Einbindung von Aktivistinnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika in die hiesige Klimadiskussion. Von ihrer Seite muss formuliert werden, welche Forderungen sich aus den rassistischen Aspekten des Klimawandels ableiten.
- Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit, um der drohenden neuen Unwirtlichkeit ganzer Regionen entkommen zu können. Hier ist der Bezug zur Migration und den bisherigen diesbezüglichen Aktivitäten.

**Zweitens** lokale Initiativen zum Klimawandel zu starten, die geeignet sind, eine gewisse Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien zu erregen, und die den o. g. Willen zur Zusammenarbeit dokumentieren. Welche konkreten lokalen Initiativen geeignet sind, neben den ökologischen auch die sozialen Aspekte in den Vordergrund und in einen internationalen Zusammenhang zu stellen, ist in diesem Zusammenhang sicherlich noch klärungsbedürftig. Dass es uns aber genau darum gehen sollte, liegt für uns aus den in diesem Papier dargelegten Gründen auf der Hand. Auf jeden Fall liegen hier u.A. Anknüpfungspunkte für die zukünftige Zusammenarbeit.

Richtig klasse wäre es dann **drittens**, wenn wir uns auf ein überregionales Ereignis, eine überregionale Mobilisierung in 2008 einigen könnten, in der diese inhaltliche und praktische Antwort mit all ihren Aspekten zum Ausdruck kommen könnte. Jenseits der bisherigen G8-Anknüpfungsideen und Widerstandscamps gilt für uns zunächst:

Klimawandel ist zwar ein globales Problem, ohne lokale Verankerung und ohne themenübergreifende Zusammenarbeit ist die Vision einer internationalen Kampagne von unten unerreichbar!

Nicht allein weil der Nachfolgegipfel von Bali 2009 in Kopenhagen stattfinden soll, juckt es uns in den Fingern, an genau solch einer Vision / Utopie zu arbeiten. An Kopenhagen kommen wir sowieso nicht vorbei, egal woran wir konkret politisch arbeiten. Ziel sollte es daher sein, das Thema soweit in der Linken zu verankern und verbreitern, dass der nächste Klimagipfel in Kopenhagen im Herbst 2009 zu einem Kristallisationspunkt für eine europaweite bzw. darüber hinausgehende Mobilisierung werden kann.



# Camping08? - für ein Camp mit Klimaklammer

09. Januar 2008

Klimacamp-Vorbereitungsgruppe

Nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm entwickelten sich in der Bewegungslinke zwei Prozesse, die auf das Konzept von Camping verbunden mit Aktionen abzielten: Klima und AntiRa. Angestoßen durch das "Mehrsäulen" Papier, gibt es seit einigen Wochen eine Debatte, wie und ob es ein Camping08 mit mehreren thematischen Schwerpunkten geben könne. Die Debatte erreichte uns in der Gründungsphase, schließlich hat es noch kein Klimacamp – geschweige Klimabewegung in der BRD gegeben, weshalb diese Antwort auf sich hat warten lassen. Als bundesweite Klimacampvorbereitungsgruppe wollen wir im Vorfeld der Perspektiven Tage jedoch einen Beitrag zu dieser Debatte leisten, in dem wir zum einen auf die bisher gemachten Vorschläge eingehen, zum anderen darlegen wollen warum wir das Klimathema als Klammer für ein spektrenübergreifendes Camp das verschiedene politische Felder integrieren kann politisch als auch bewegungspolitisch für wichtig halten.

## **Eine Klammer – viele Säulen**

Ein Jahr nach Heiligendamm ist die Frage berechtigt – was bleibt? Trotz des Erfolges verschiedener Bündnisse, der großen spektrenübergreifenden "Gesamtchoreografie des Widerstandes" unter der Klammer des G8-Protestes und einer gewissen verbreiteten Aufbruchsstimmung besteht die Gefahr, der Rückkehr zu einer eng umgrenzten Politikfeld-Perspektive. Hier teilen wir in wesentlichen die Analyse der Mehrgliederpapiere, die vor einem Rückfall in den Partikularismus aus verschiedenen Gründen warnen. Bereits beim ersten bundesweiten Vorbereitungstreffen des Klimacamps in Kassel Ende Oktober, wurde deshalb beschlossen, dass in einem möglichen Camp "ein gleichberechtigtes Miteinander der verschiedenen Bewegungen" geben soll. Gleichzeitig denken wir, dass es notwendig ist, dass ein mögliches Camp nicht nur spektrenübergreifend und offen für verschiedene politische Richtungen ist, sondern auch, dass ein Camp eine zentrale vermittelbare thematische Klammer haben sollte, um politische Inhalte besser an eine breite Öffentlichkeit zu transportieren, aber auch um tatsächlich fokussierte fundierte Auseinandersetzungen zu katalysieren. Diese Klammer, die eine Anschlussfähigkeit zu vielen politischen und sozialen Kämpfen bietet - im vergangenen Sommer war dies das G8 Treffen - könnte und sollte unserer Meinung nach für ein großes Camp 2008 das Thema Klimawandel sein.

## **Soziale Kämpfe sichtbar machen – Die Klimaklammer:**

Mit dem Klimathema haben wir ein Thema gewählt, welches gerade kein single-issue ist, sondern direkt und indirekt viele der gesellschaftlichen Kämpfe betrifft. Um die Dimensionen der Thematik zu erkennen, ist es notwendig sich davon zu lösen den Klimawandel auf eine ökologische Frage zu reduzieren, wie es leider auch in den Mehrgliederpapieren tendenziell geschieht. Vielmehr muss eine Linke die Klimathematik als soziale Problematik verstehen, anhand deren die sozialen und emanzipatorischen Kämpfe (und mögliche drastische Veränderungen durch den Klimawandel) sichtbar gemacht werden müssen/können. Viel zu lange wurde gerade von linker Seite die soziale Dimension die mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen im Allgemeinen, und den Themen Energieproduktionsweise (jenseits von Atomkraft) und speziell Klimawandel einhergeht unterschätzt. Neben Bereichen wie öffentliche Dienstleistungen/Daseinsvorsorge, Militarismus, oder globale Landwirtschaft, die offensichtlich eng mit der Thematik verbunden sind, tangiert die Klimaproblematik direkt eine Vielzahl andere Aspekte wie Migration, (globale)Herrschaftsverhältnisse oder Nord-Süd Aspekte. Hier gilt es grade jene Aspekte die in der öffentlichen Diskussion bisher ausgespart wurden, von linker Seite zu thematisieren.

Gleichzeitig ist es so, dass ein linker Diskurs über das Klima ein noch zu entwickelnder ist. Es ist nicht so, dass alles schon klar ist – und dass es nur darum geht die Aktion zu organisieren. Vieles ist völlig unklar. Klar ist, dass eine linke Beschäftigung mit dem Thema nicht "Klimapolitik" bedeutet, sondern die derzeitigen Produktions- und Konsumtionsweisen des fossilen Kapitalismus hinterfragen muss. Was aber bedeutet das konkret, wenn man doch sonst sagt "alles für alle" – wie ist unter Prämisse akuter Endlichkeit von Ressourcen sozial gerecht zu organisieren – auf eine Weise, die die Nord-Südverhältnisse in den Blick nimmt. Denn Globale Soziale Rechte - wie das auf Versorgung mit Energie – gelten überall, oder? Und: wie kann also eine Linke hier und heute hedonistisch sein und gleichzeitig internationalistisch temperiert sein? Wie organisieren wir so etwas? Diese Fragen – weil sehr schwierig und für viele neu - brauchen ihren eigenen Raum, auch deshalb sprechen sich viele für ein Klimacamp aus.

Neben sehr konkreten themenspezifischen Prozessen und Forderungen, bietet sich die Problematik um den Klimawandel unserer Meinung aber auch an, um grundsätzliche Forderungen anderen Politikfeldern aus einem anderen Blickwinkel zu thematisieren. Müsste nicht auf Grund der Diskussion über die (historische) Verantwortung am Klimawandel durch die Industrieländer, die Forderung nach der Öffnung der Grenzen folgen? Sollten nicht klar die Zusammenhänge zwischen der von der EU oft propagierten Klimaverantwortung und den Migrationslagern in Nordafrika dargestellt werden? Sollte der aufkommende Diskurs um Gerechtigkeit nicht dazu genutzt werden um das menschenverachtende EU-Migrationsregime zu thematisieren?

Auch auf anderer Ebene, jenseits von konkreten Folgen aus klimatischen Veränderungen, kann die Klimathematik kritisch reflektiert werden. Gerade in Bezug auf Institutionen wie die G8 – wo der Klimawandel seit zwei Jahren auf der Spitze der Agenda steht – oder die Weltbank, die just bei den letzten Klimaverhandlung dazu auserkoren wurde die globalen Klimafonds für Anpassungsmaßnahmen zu verwalten, besteht die Gefahr das Herrschaftsverhältnisse neue Formen der Legitimität über die (populäre) Klimathematik versuchen zu akquirieren. Hier bedarf es einer herrschaftskritischen Antwort, deren Ziel es ist die Verschleierung der Ursache des Problems klar auf zu zeigen.

Mit dem Wandel der Betrachtungsweise des Klimathemas als gesellschaftliches und nicht rein ökologisches, ergeben sich unserer Meinung nach solche Anknüpfungspunkte wie oben ausgeführt. Eine Klimaklammer hätte dabei nicht das Ziel zu zeigen, dass alles doch irgendwie mit einander verknüpft ist, sondern dass es jeweils spezifische Verknüpfungen gibt, die die Eigenlogiken bestimmter Kämpfe nicht negieren. Aus diesem Grund ist das Klimathema nicht nur sehr anschlussfähig in Bezug auf andere Themen, sondern um die Komplexität des Themas und der Praktiken zu erfassen, bedarf es gerade der Zusammenarbeit von verschiedenen Bewegungsakteuren aus verschiedenen Politikfeldern.

### **Strategisches Camping:**

Oben haben wir versucht darzulegen, warum wir glauben, dass eine Klimaklammer für ein Camp nicht nur dazu führen könnte, wichtige Debatten miteinander zu verknüpfen, sondern auch aufzuzeigen, dass zumindest Ansatzweise eine solche Klammer genügend Platz für Eigenlogiken bestimmter Bewegungen lässt. Gleichzeitig ist uns sehr wohl bewusst, dass selbst durch eine sehr offene und anknüpfungsfähige Klammer, wie die Klimathematik, bestimmte Gegenstände nicht thematisiert werden (etwas ein Euro Jobs) bzw. es eine Konzentration in anderen Themen geben wird (im AntiRa Feld etwa die Konzentration z.B. auf Grenzen). Für uns stellt sich die Frage, ob es wirklich der Anspruch eines Camps sein sollte, alle Kämpfe auf einmal zu vertreten oder ob dies nicht zu einer Verwässerung der politischen Auseinandersetzungen führt. Auch die Außenwirkung eines "Mehrsäulencamps" ohne Schwerpunkt, sehen wir wie oben schon erwähnt kritisch.

Jedoch wollen wir vermeiden, auch wenn wir uns ein Mehrsäulen-Camp ohne Klimaklammer nicht vorstellen können, dass wir hier nur eine Entweder-Oder-Situation entsteht. Für uns ist der

Prozess auf den Perspektiven-Tagen zentral. Auch wenn es nicht zu einem gemeinsam Camp kommt, mit gleichberechtigten Säulen, die thematisch eingebettet sind, besteht großes Interesse unsererseits weiterhin daran zu arbeiten zumindest einen engen Bezug zu möglichen anderen Camps aufzubauen. Dies könnte möglicherweise in Form des vorgeschlagenen strategischen Doppelcampings passieren oder etwa einer gemeinsamen Mobilisierung oder anderer Formen der Koordinierung.

Die Perspektiven-Tage nehmen wir als den Ort wahr um die Dimensionen des Campings08 endgültig auszuloten. Um die Diskussion im Vorfeld weiterzuführen, haben wir uns entschlossen unsere Ideen auch bei den Treffen des Aktionsnetzwerks Globalen Landwirtschaft und dem Treffen der AntiRa Gruppen in Hamburg in der ersten Januar-Hälfte vorzustellen.

**"Make social change not climate change"**



## **Alle reden vom Wetter - Wir auch!**

16. Januar 2008 Avanti - Projekt undogmatische Linke

*Schon vor längerer Zeit ist die Interventionistische Linke auf dieser Liste (g8-2007) zu ihrer Meinung zum Thema Camps 08 gefragt worden. Mangels Zeit und Energie haben wir es leider nicht geschafft, ein gemeinsames IL-Statement abzugeben. Wir von Avanti möchten uns aber als eine der in der IL vertretenen*

*Gruppen doch noch zu Wort melden.*

Wir finden es gut, dass die spektrenübergreifende Dynamik der G8-Proteste und die vielen entstandenen Kontakte und Verknüpfungen sich in Ideen zu diversen Camps umgesetzt hat. Es ist ganz sicher sinnvoll, sich jetzt, ein gutes halbes Jahr nach dem Gipfel, noch mal zusammzusetzen, thematisch zu arbeiten und sich gemeinsame Aktionen für die nächste Zeit zu überlegen. Dabei ist insbesondere erfreulich, dass alle Konzepte auf eine spektrenübergreifende Vorbereitung und Beteiligung zielen ? und damit eine der Erfolgsbedingungen der Anti-G8-Kampagne fortschreiben wollen.

Nicht sinnvoll finden wir es dagegen, das Ereignis der Gipfelproteste reproduzieren zu wollen, wie es in einigen Beiträgen anklang. Ein Camp, das ebenso viele verschiedene Kreise erreicht und so aktivierend und motivierend wirkt wie Heiligendamm, halten wir für illusorisch. Wenn wir die Latte zu hoch legen, wecken wir Erwartungen, die wir wahrscheinlich nicht werden erfüllen können. Ebenso sind wir skeptisch, ob ein „Mehrsäulencamp“ tatsächlich die logische Schlussfolgerung aus Heiligendamm ist. Hier war schließlich der Gipfel der 8 Regierungen die Klammer, die es aus unserer Sicht richtig erscheinen ließ, für die Gipfelproteste kein Hauptthema zu beschließen, weil eben alle Bewegungen und Initiativen sich mit ihren jeweiligen Zugängen auf die Aktionen gegen den Gipfel beziehen sollten. Für ein Camp 2008 ohne Gipfel oder anderen äußeren Anlass gilt dies jedoch nicht, wenn als Klammer nicht nur ?Camping? übrig bleiben soll. Eine thematische Fokussierung, die gleichwohl Anknüpfungspunkte für viele bietet scheint uns hier sinnvoller zu sein, sowohl wegen der Mobilisierungswirkung nach innen als auch wegen der Darstellung nach außen in die (Medien-)Öffentlichkeit, zumal auf dem Medienmarkt ein Mehrsäulencamp? eine weitgehend unverkäufliche Ware sein dürfte.

Ein Klima- und ein Migrationscamp könnten natürlich, wenn sie zeitgleich und am gleichen Ort stattfinden oder sich überschneiden, von gemeinsamer Organisation profitieren. Da müssen sich die beiden Vorbereitungskreise äußern, ob sie sich das vorstellen können. Eine echte Kooperation, auch inhaltlich und in Aktionen, könnte spannend sein. So eine Kooperation fänden wir auch richtig und zukunftsweisend. Aber wir sind, was beide Themen angeht, keine großen SpezialistInnen.

Klar ist für uns jedoch ob Mehrsäulencamp oder nicht, das Thema Klima könnte sich zu einem Zugpferd entwickeln (sowohl für eine mediale Öffentlichkeit, als auch für ein junges, anpolitisiertes Publikum).

Aus einer emanzipativen Perspektive ist eine Forderung in anbetracht der globalen Erwärmung (die in den Industrieländern produziert, aber größtenteils von den Ländern des Südens ausgebadet wird) "Grenzen auf für alle!" und damit eben der Link zum Thema Migration und AntiRa. Die notwendige Verknüpfung sozialer und ökologischer Fragen, in einer Weise, die gesellschaftliche Auseinandersetzungen produziert und in unserem Sinne radikalisiert ist auch ein wichtiger Schritt in Richtung eines neuen Internationalismus. Die interventionistische Aufgabe wäre dabei den richtigen Anspruch "Social change not climate change" auch auf die Lebensrealität der Leute HIER zu beziehen.

Konkret gibt es da eine Menge Ansatzpunkte z.B.: Die immerhin bereits bekannte und gut vermittelbare Forderung nach freier Mobilität ("ÖPNV umsonst") kann durch den Verweis auf die CO2 Emissionen durch Individualverkehr upgedatet werden. Es können mit etwas Gespür gewiss noch viele "soziale" Terrains ausgemacht werden, die direkt mit der Klimakiste im Zusammenhang stehen. Diese Auseinandersetzung als Linke (im Anschluß an den öffentlichen Diskurs um Klimawandel) zu forcieren (eine anspruchsvolle Aufgabe) würde unserer Einschätzung nach sowohl die Antira als auch die Öko-Bewegung durchaus einen ordentlichen Schritt nach vorn bringen.

Es gibt bei uns Interesse für die begrenzte Mitarbeit in beiden Campvorbereitungen, wir haben ein paar Ideen und wollen uns an den Vorbereitungen beteiligen. Wäre toll, wenn wir es schaffen könnten, interessante, gut besuchte Camp(s) auf die Beine zu stellen, die uns als Bewegung noch einmal weiterbringen.





# Alle reden vom Wetter – wir nicht

Diskussionspapier zur Debatte um Klimawandel, KlimaAktionsCamp und warum sich die radikale Linke da einmischen sollte.

16. Januar 2008 anti-atom-plenum berlin

*Wir wollen hier einen Beitrag zur Diskussion im Vorfeld des Klimacamps leisten. Dazu gehen wir zuerst auf die Veränderungen in der Energieversorgung in der kapitalistischen Entwicklung ein. Anschließend erklären wir, warum die Klimadebatte mit der sozialen Frage verknüpft ist. Im nächsten Abschnitt wollen wir den Glauben an die herrschende Wissenschaft zerstören. Dann beschäftigen wir uns kurz mit den Folgen des Klimawandels auf die weltweiten Migrationsbewegungen. Nicht wegzudenken beim Thema Klimawandel sind die Nichtregierungsorganisationen (engl. Non-Government Organizations – NGOs). Deshalb sehen wir uns gezwungen auf ihre Rolle einzugehen und sie zu kritisieren. Und ganz zum Schluss eine ganz kurze Skizze von dem wo wir mal hinwollen. Viel Spaß beim Lesen!*

Mit dem Klima scheint es ein Problem zu geben. Zumindest wird das von verschiedenen Seiten betont, in aufwendigen Kinofilmen, auf internationalen Konferenzen, in den Medien sowieso. Es gibt da also das Klimaproblem, manche sprechen sogar von der Klimakatastrophe, und „WIR ALLE“ müssen handeln. Am besten natürlich sofort – sonst geht die Welt unter. Das einige Leute und Kapitalfraktionen der Zeit hinterher hinken und die Dramatik der Lage nicht verstehen wollen, kann eine\_n da natürlich zur Verzweiflung treiben.

Das Problem, wenn mensch den Klimawandel bzw. die Klimakatastrophe in diesem Maße als Faktum voraussetzt, ist das dadurch erzeugte Bild: „Wir sitzen alle im gleichen Boot.“ Was für ein Quatsch. Im Gegensatz zu dieser vereinheitlichenden Sichtweise ist es vielleicht gewinnbringender, von politischen Konflikten um die Deutungshoheit in Sachen Klimawandel und Energiepolitik auszugehen. Und wichtiger noch und daran geknüpft, von unterschiedlichen Interessen, von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen.

## **Kapitalismus und (Energie-)Ressourcen**

Die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel und damit auch der Zugriff auf (Energie-) Ressourcen ist wohl in jeder kapitalistischen Formation von zentraler Bedeutung. Die Zerstörung von Natur ist dabei schlichtweg notwendig, sie kann nicht durch Effizienz und Nachhaltigkeit „weggelassen werden“. Wir kommen darauf zurück, im Folgenden soll erstmal versucht werden, historisch unterscheidbare kapitalistische Produktionsmodelle skizzenhaft zu vergleichen. Wir interessieren uns vor allem für das Energiesystem und für regionale bzw. globale Ressourcen- und Warenströme. Damit soll die zentrale Bedeutung des Themenfeldes Energie im Kapitalismus sowie – daran geknüpft – die langfristige Verschiebung von Kräfteverhältnissen beleuchtet werden.

Frühe kapitalistische Formationen beruhten hinsichtlich ihrer Energieressourcen auf nachwachsenden Rohstoffen. Die Produktion war damit örtlich und zeitlich an die Ressource Holz gebunden. Das war hinsichtlich der Produktionsabläufe einigermaßen unpraktisch, weil das Kapital an bestimmte (waldreiche) Regionen gebunden war. Auch die vorherrschende Lebensweise kann aus heutiger Sicht als unpraktisch bezeichnet werden. Der Reproduktionsbereich war noch nicht dem Kapitalkreislauf untergeordnet, Subsistenzwirtschaft spielte eine entscheidende Rolle. Das bedeutet u.a., dass der Bereich der Nahrungsmittelproduktion in weiten Teilen nicht über den kapitalistischen Markt organisiert war. Natur wurde also zumindest teilweise noch nicht als Ware angesehen.

Dieses Energiesystem stieß im Rahmen der gesellschaftlichen Transformation zum Fordismus schnell an Grenzen. Mit „Fordismus“ bezeichnen wir ein Modell der Herrschaftssicherung, eine

Art und Weise, kapitalistische Gesellschaften zu regulieren, zu stabilisieren. Mit dem Fordismus waren bis in die 1970er Jahre verschiedene Institutionen, Normen und Leitbilder verbunden: Das fordistische Produktionsmodell bedeutete vor allem die Massenproduktion von Konsumgütern. Die Arbeiter\_innen wurden durch hohe Lohnzuwächse und die Beteiligung am Konsum integriert, ihre Organisation an den runden Tischen der Sozialpartnerschaft gezähmt. Subsistenzwirtschaft wird mehr und mehr vollständig verdrängt. Produktion und Reproduktion sind (im globalen Norden) fast ausschließlich über den kapitalistischen Markt organisiert.

Die Fabrik kann als Ikone dieser Zeit angesehen werden. Neben der „wissenschaftlichen Optimierung“ der Arbeitsorganisation – eine rigidere Kontrolle der Arbeiter\_innen durch die Bosse und das Reduzieren ihrer Tätigkeit auf ein Anhängsel der Maschine – war hierbei vor allem ein anderes Energiesystem nötig, weil nachwachsende Rohstoffe den immensen Energiehunger der Produktion nicht ansatzweise stillen konnten. Das fordistische Energiesystem beruhte deshalb vor allem auf fossilen Brennstoffen und der Atomenergie. Fossile und nukleare Energieträger sind vergleichsweise leicht zu transportieren. Sie haben für den Produktionsprozess den Vorteil einer größeren räumlichen und zeitlichen Unabhängigkeit, was dem kapitalistischen Drang zu Expansion und Beschleunigung zugute kommt. Der Kapitalismus wird also nuklear und fossilistisch.

An dieser Stelle kommen auch hinsichtlich des Energiesystems die globalen Warenströme ins Spiel. Einerseits dadurch, dass riesige Mengen Öl, Kohle und Uran in die kapitalistischen Zentren transportiert werden, andererseits durch den Transport von Gütern und von in Ware transformierte Natur, also bspw. Kaffee oder Soja. Alleine für diesen Transport sind immense Mengen Energie nötig. Die globalen Warenströme haben eine ganz bestimmte Richtung, sie fließen vom Süden in den Norden, aus der Peripherie in die Zentren. Das fordistische Energiesystem beruht auf bereits bestehender, auf kolonialer Herrschaft fußender Ungleichheit, indem der Zugang zu Öl und Uran in der Regel über den Energiemarkt geregelt wird. Nicht alle Gesellschaften können hier mit Einkommen und Vermögen mithalten, eine direkte Folge kolonialer Herrschaft. Nun, mittlerweile haben wir Postfordismus. Das heißt keinesfalls, dass sich an globalen Herrschaftsstrukturen etwas grundlegendes geändert hat. Wenn wir das Energiesystem betrachten, gibt es aber seit den 1970er Jahren eine Diskussion über die „Grenzen des Wachstums“, darüber, dass das fordistische Energiesystem nicht nachhaltig sei. Das ist es auch nicht, Nachhaltigkeit war nie ein Anspruch, der mit der fordistisch-imperialen „wir nehmen uns das, was uns zusteht“-Mentalität verbunden war. Aber heute ist das wie eingangs erwähnt anders. Nicht zuletzt soziale Bewegungen wie die Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung haben seit den 1970er Jahren bewirkt, dass die Konsequenzen des Fabrikregimes – Naturzerstörung, Luftverschmutzung, aber auch die Reduzierung der Arbeiter\_innen auf Rädchen der Maschine – öffentlich bekannt und skandalisiert wurden. Die Endlichkeit der Ressourcen Kohle, Öl und Uran, die ökologischen Katastrophen, die mit einem „weiter so“ interessierter Öl- oder Atomkonzerne verbunden sind bzw. wären – das alles ist nichts, worüber mensch großartig streiten müsste.

Das Fabrikregime mit seinem immensen Verbrauch hat sich in den letzten Jahren modernisiert und wird sich weiter modernisieren. Aus der Ikone der schwerfälligen Fabrik wurde der global vernetzte, schlanke Konzern, der im Krieg der Standorte flexibel reagiert. Diese Ikone bereitet dem global sourcing den Weg, das Kapital hat neue Möglichkeiten, auf Arbeitskräfte und Ressourcen flexibel zuzugreifen. Sie beziehen sich dabei flexibler auf „ihren“ Staat und versuchen durch die Diskussion um Standorte die neoliberale Politik der Deregulierung zu forcieren. Die Kräfteverhältnisse haben sich hierbei massiv verschoben – zu Gunsten des Kapitals. Gleichzeitig war die Kritik von sozialen Bewegungen innerhalb dieser Transformation ein zentraler Faktor. Sie wurde nach und nach integriert, einzelne Forderungen ver-rückt, d.h. teilweise aufgegriffen und entpolitisiert. Innerhalb heutiger Kräfteverhältnisse ist es etwas vollkommen anderes, für bspw. Windparks zu streiten. Vor dreißig Jahren innerhalb der energiepolitischen Diskussion geäußert, war eine solche Position gegen das monströse fordistische Energiesystem als ein zentrales Projekt gerichtet, heute liegt sie im Mainstream.

Wie gesagt. Ein Streit um effiziente Energienutzung ist für eine linke Bewegung politisch nicht ungefährlich, wenn es dabei auch um Emanzipation und Befreiung gehen soll. Mit ökologischen, dezentralen Konzepten der Energieversorgung rennt eine Ökologiebewegung (oder auch ein Klimacamp) offene Türen ein. Konzerne und Regierungen sind hier sicher für jeden Hinweis offen. Dass es eine ökologische Krise gibt, dass das fordistische Energiesystem unglaublich ineffizient war, dass Fabriken, Staaten und nicht zuletzt Individuen schlank, fit, gesund und effizient sein sollen – diese einfachen (ideologischen) Wahrheiten locken heute keine\_n mehr hinterm BHKW hervor. Es gibt keine technischen Lösungen für soziale Probleme.

Streiten müsste mensch sich also viel eher mit der täglich wachsenden Zahl von Öko-Kapitalist\_innen, die der Meinung sind, es bräuchte hinsichtlich gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse keine Veränderung, sondern eben einzig eine „Effizienzrevolution“. Lassen wir uns also auf diese Diskussion ein: Kann es einen ökologischen, nachhaltigen Kapitalismus geben? Dabei lassen wir kurz mal außer acht, dass Kapitalismus in erster Linie auch eine Art und Weise ist, wie soziale Beziehungen in der Gesellschaft organisiert sind, also immer auch mit Unterwerfung und Ausbeutung von Menschen verknüpft ist. Die Diskussion um Öko-Kapitalismus ist schon aus diesem Grund automatisch zynisch, weil sie das nicht berücksichtigt. Dazu später mehr.

Mit Blick auf das Energiesystem ist ein nachhaltiger Kapitalismus wohl durchaus vorstellbar. In der technokratischen Denkweise, der es eben vor allem um Modernisierung geht, ist überhaupt einiges denkbar und machbar (Recycling, Einbeziehung nachwachsender Rohstoffe...), sicher fällt also den Technokrat\_innen auch eine Lösung für das Klimaproblem ein. Das transnationale Konzerne wie BP gerade massiv im Bereich alternative Energien investieren, scheint ja diese These erstmal zu bestätigen. Hier kommen wir wieder auf den eingangs erwähnten Zusammenhang von Kapitalismus und Naturzerstörung: Kapitalismus bedeutet immer, dass der kapitalistische Markt wächst. Und mehr Wachstum bedeutet mehr Zerstörung. Der Kapitalismus als System muss zerstören, dauerhaft. Das ist der einzige Zweck kapitalistischer Produktion: nachhaltig und im Zweifel auch effizient Mehrwert erzielen. Wer das nicht schafft, geht unter.

Den Kapitalismus also ökologisch zu zähmen, ihn mit seinen ureigensten Mittel, dem Markt, effizient gestalten, daraus wird wohl nichts, daraus kann nichts werden. Der Kapitalismus mit seiner Wachstums- und Verwertungslogik nutzt alle ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen. Dabei spielt es keine Rolle, welche Folgen dies für Mensch und Natur hat. Bspw. wird der Rohstoff Öl benutzt, weil er existiert und verwertbar gemacht werden kann. Welche Auswirkungen die Nutzbarmachung, also das Verbrennen von Öl für Mensch und Natur hat, spielt keine Rolle. Das „Klimaproblem“ ist wie andere Umweltprobleme auch, eine (gravierende) Auswirkung dieses Systems.

Beschränkt sich die Auseinandersetzung also auf eine Effizienzrevolution oder gar den den „Hauptfeind CO2“, ist nichts gewonnen. Die Zerstörungsdynamik wäre evtl. ein wenig verlangsamt, aber nicht gestoppt. Eine Ersatz-Ressource wäre schnell gefunden. Ökologische Politik muss der Logik der imperialen Lebensweise, muss dem Kapital, muss den transnationalen Konzernen und dem Staat Grenzen setzen, sonst hat sie diesen Namen nicht verdient. Moralische Appelle mit Blick auf aussterbende Eisbären helfen angesichts struktureller Gewalt und Herrschaft nicht weiter, die Orientierung am wissenschaftlichen Dialog ebenso wenig. Denn, frei nach dem Genossen Marx: Was könnte also die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr so simple Dinge wie den Schutz der natürlicher Lebensgrundlagen aufzuherrschen?

### **Klimawandel und soziale Frage**

Die Ursache für Armut, Hunger, soziale Ausgrenzung und Unterdrückung ist dieselbe wie die für den Klimawandel. Somit ist auch das politisch zu bekämpfende dasselbe. Der Kapitalismus mit seiner Wachstums- und Verwertungslogik nutzt alle ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen.



Die Verwertungslogik mitsamt der Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus warf und wirft die „soziale Frage“ erst auf. Darum kann eine Bewegung, die sich kritisch mit dem Klimaproblem auseinandersetzt, an anderen sozialen Bewegungen anknüpfen, die sich mit den Auswirkungen des Kapitalismus oder dem Kapitalismus selbst auseinandersetzen. Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Beispiele hierfür sind die Anti-Atombewegung, die Arbeiter\_innenbewegung, die globalisierungskritische Bewegung, die antifaschistische Bewegung, die anarchistische oder kommunistische Bewegung. Alle diese Bewegungen setzen sich direkt oder indirekt mit dem Kapitalismus auseinander. Wie bereits seit mehr als einhundert Jahren basieren etliche Probleme auf diesem Wirtschaftssystem. Es gehört abgeschafft. Dies sollte von linksradikaler Seite gefordert und ggf. wiederholt werden, wenn es um das Thema Klima geht. Ohne ein anderes Wirtschaftssystem ist auch dieses „Problem“ nicht lösbar.

### **Wider die Verzichtsdebatte**

In der Klimadebatte wird häufig, auch von linker Seite, über Verzicht geredet. Es wird suggeriert, dass individueller Konsumverzicht bzw. das Ändern des Konsumverhaltens zur Lösung des „uns alle“ bedrohenden Klimaproblems beiträgt. So sind Forderungen nach einem europaweiten Flugverbot, nach Tempolimits auf Autobahnen oder zum Wechseln des Stromanbieters zu verstehen. Diese „Verzichtsdebatte“ ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Zum einen geht diese einher mit dem neoliberalen Diktum der Konsumfreiheit. Wir „dürfen“ wählen, was wir kaufen, nicht aber was und wie produziert wird. Wir entscheiden uns für ein bestimmtes Brötchen statt uns die Backstube anzueignen.

Zum anderen ist eine Debatte, die sich um Verzicht dreht, nicht gerade populär. Es wäre ein einfaches für die Herrschenden dieser Debatte mit einem verheissungsvollen „weiter so“ zu begegnen und uns als Spaßbremsen abzutun. Die Wirklichkeit verhält sich indes anders. Wir wollen mehr Spaß, ein besseres Leben für alle. Das sollten wir auch so formulieren und nicht autoritären Politikern die Möglichkeit geben, sich als Hüter der Freiheit zu präsentieren.

### **Auch die herrschende Wissenschaft erklärt uns ständig...**

...eine der größten Gefahren, die uns bevorsteht, ist die Klimaveränderung. Dafür gäbe es verschiedene wissenschaftliche Anhaltspunkte. Was bedeutet es denn, dass sich das Klima eigentlich nicht verändern soll? Was für Standards sollen denn erhalten werden? Und was wird propagiert um dieses Ziel zu erreichen? Erhalten werden soll die imperiale Lebensweise und damit verbunden auch die Macht des Kapitals aus den kapitalistischen Zentren. Wie sieht diese Lebensweise aus: In sog. „Billiglohnländern“ wird produziert, wobei die dortigen Arbeiter\_innen nicht von ihrem Lohn leben können – in westlichen Ländern freut mensch sich am Konsum, guckt verträumt auf's Handydisplay. Für die Herstellung von Konsumgütern werden immens Ressourcen und Energie verbraucht. Und diese Ressourcen sollen weiterhin aus Post- bzw. Neokolonialisierten Ländern kommen. Die Argumentationslinie läuft dabei folgendermaßen: Die noch nicht so „entwickelten“ Länder würden mit einem Schlag viel mehr Klimagase produzieren als bisher, wenn sie den gleichen Weg wie die Industrieländer nehmen würden. Deswegen soll diese imperiale Lebensweise allein aus ökologischen Gründen bestehen bleiben. Solange das Kapital profitiert und uns die Beschäftigung mit unserem Konsum vom selben denken ablenkt/ abhält, wird sich das auch nicht ändern. Gerade ist es ja so, dass wir laut Politik und Kapital das Denken lieber der bestehenden, herrschenden Wissenschaft überlassen. Diese wird sicher herausfinden, was das Problem ist und wie es gelöst werden kann. Das Kapital und die Politik wird dann dementsprechend handeln: „Keine Angst, es ist für alles gesorgt“ Komisch nur, das „wissenschaftlich“ immer herausgefunden wird, was der Industrie und dem Kapitalismus, somit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen von nutzen ist. Die Wissenschaft, die hier betrieben wird, ist Teil des bestehenden Herrschaftssystems und will allein um sich selbst zu erhalten die bestehenden Verhältnisse mit ihren Mitteln erhalten. Und „ihre Mittel“ sind es uns wissenschaftlich vorzugaukeln, dass sie das Problem schon technisch lösen wird, dass sie die Mittel kennt bzw. herausfinden wird. Wir sollen hörig sein und artig und dann wird sich schon alles richten. Diese Art der Lösung könnte aber, selbst wenn mensch die bestehenden Strukturen in der herrschenden Wissenschaft gutheißen würde, nicht funktionieren. Die

gegenwärtigen und zukünftigen ökologischen Katastrophen sind kein technisches Problem, sondern ein soziales: Sie haben ihre Grundlage in unfreien, ungerechten und irgendwie auch unvernünftigen gesellschaftlichen Verhältnissen.

### **Der Klimawandel als Ursache für Migration**

Die Regierungen der großen Industrieländer, wie z.B. USA, Kanada, Deutschland, Frankreich und Spanien sehen mittlerweile die durch den Klimawandel zunehmende Migration als massives Problem für ihre Interessen. In zahlreichen Studien wird sie gar als Problem für die „nationale Sicherheit“ bezeichnet. Konsequenz davon wird die noch stärkere Abschottung der Industrieländer in Form von militärisch gesicherten Grenzen und großen Flüchtlingscamps sein (wie bspw. die EU Grenze mit Marokko). Heute schon sind sich die EU-Staaten darüber einig. Wie mensch sich aus der Verantwortung stiehlt, zeigt sich am Beispiel der Pazifik-Insel Tuvalu. Vertreter der 11.000 Bewohner\_innen erkundigten sich 2001 bei den Staatschefs von Australien und Neuseeland, ob sie denn aufgenommen würden, wenn ihre Insel wie prognostiziert im steigenden Meer versinken würde. Dem Entsetzen über diese Anfrage folgte das großzügige Angebot Neuseelands, jährlich 75 (!) Bewohner\_innen des kleinen pazifischen Inselstaates aufzunehmen. Bei den aktuellen Klimawandel-Debatten und großen Bemühungen geht es den Industrieländern keineswegs darum, etwas für die Umwelt oder gegen den Klimawandel zu tun. Es geht auch nicht, aus purer Nächstenliebe etwas Gutes zu tun. Auch hier zeigt sich wieder mal, dass es in der Hauptsache darum geht, den eigenen Lebensstandard, einen ungebremsen Produktions- und Profitkreislauf und den eigenen Konsum zu sichern. Die Lebensweise in den Industrieländern war und ist nur auf Kosten anderer möglich. Die kolonialen Verhältnisse werden durch den Klimawandel reproduziert und verfestigt. Soziale Probleme werden strukturell verschärft und verursachen somit einen enormen Anstieg der Anzahl von Klimaflüchtlingen. Die UN geht von einem Anstieg von 25 (1995) auf 200 Mio pro Jahr bis Mitte des Jahrhunderts aus. Für uns als Linksradikale folgt daraus einmal mehr: Alle Grenzen müssen abgeschafft werden!

### **Die Rolle der NGOs in der Klimadebatte**

Wie in allen populären Politikfeldern mischen auch in der Klimadebatte NGO mit. Sie treten bspw. in Form der sog. Klima-Allianz auf, einem Zusammenschluss von 80 NGO aus verschiedensten politischen und sozialen Spektren. Sie beraten nicht selten die Herrschenden, wie bei den Weltklimakonferenzen, und zähmen die sozialen Bewegungen.

### **Was sind NGOs?**

Es gibt keine eindeutige Definition. Allerdings sind sie in der Regel nicht basisdemokratisch, nicht antikapitalistisch, stellen nicht die bestehenden Herrschaftsstrukturen in Frage, sondern möchten in bestimmten Punkten mitsprechen und das bestehende System korrigieren. Ein wichtiges Kriterium ist die meist professionelle Organisation, die vermeintlich realistische Ziele verfolgt und eng mit der Politik zusammenarbeitet. NGOs verstehen sich häufig als Stellvertreter\_innen der sog. Zivilgesellschaft und werden als solche auch von den Politiker\_innen wahrgenommen. Es folgt z.B. auch die Akkreditierung von bestimmten NGOs bei der UNO, die dann dort mit Konsultativenstatus eingebunden sind. Politikberatung ist ein neues Schlagwort mit dem sich viele NGOs angesprochen fühlen. Am wohlregulierten Katzentisch sitzen NGOs und sehen nicht wie begrenzt ihre Beteiligungsmöglichkeiten sind.

NGOs können häufig nicht unabhängig agieren, da sie auf finanzielle Unterstützungen angewiesen sind, seien dies staatliche Finanzierungen, Stiftungen, Spenden oder sogar Mittel von Konzernen. Sie sind am Medien- und Spendenmarkt orientiert. Das heißt nicht, dass wir nicht auch Gelder von bestimmten Stiftungen nehmen und Spenden benötigen. Aber wir richten unsere Politik nicht nach unseren Geldgeber\_innen aus.

„... NGOs werden ...als Bestandteil eines politischen Herrschafts- und Regulationskomplexes

aufgefasst, der nach Gramsci als 'erweiterter Staat' bezeichnet wird. NGOs sind demnach an 'der Transformation des Staates' beteiligt. Weil sich der Staat internationalisiert, ist er auf größtmöglichen Konsens innerhalb der Zivilgesellschaft angewiesen, die ihrerseits als Antwort auf die Globalisierung transnationaler Strukturen sprich Netzwerke bildet. NGOs fungieren als gesellschaftliche Regulationsinstanz, die dem hegemonialen Projekt der neoliberalen Globalisierung Legitimität verschafft – und so ambivalenter Weise zur Akzeptanz der Globalisierung beitragen.“<sup>1</sup>

NGOs verlieren meist den Blick für das Ganze, die strukturellen Zusammenhänge. Sie beziehen sich nur auf ihre Einzelforderungen und stellen realistische systemkorrigierende Forderungen auf. Basisbewegungen hingegen kämpfen für eine andere Welt und begnügen sich nicht mit kleinen machbaren, von den Herrschenden akzeptiert Zugeständnissen. NGOs als Vertreter\_innen der sog. Zivilgesellschaft können als „TÜV für gute Regierungspolitik“ gelten. Staatskritik, antikapitalistische Haltung passt grundsätzlich nicht zu NGOs, da sie mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten wollen und nur kleine Dinge verändert wollen und nicht das System an sich in Frage stellen. Die Deutungshoheit der Regierungen wird von NGOs beibehalten, die Regierungen nehmen berechtigte Kritik auf und verstehen sie in Bahnen zu lenken, so dass sie das System nicht ins Wanken bringen können, sondern eine der Weg für eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung geebnet wird. Viele NGOs leisten Zuarbeit und sehen nicht, dass sie in ihrer Beteiligung die Arbeit der Regierungen oder Konzerne erledigen und damit weitreichender Kritik den Wind aus den Segeln nehmen Die Machtkonzentration und die zugrunde Herrschaftsverhältnisse müssen aber in Frage gestellt werden, um weltweite Veränderungen herbeizuführen. Die neoliberale Globalisierung muss als ganzes in Frage gestellt werden, um eine solidarische, demokratische und emanzipatorische Gesellschaft zu schaffen.

Wie eingangs geschrieben, es gibt keine eindeutige Definition von NGOs, aber wir werden spätestens dann hellhörig, wenn sich eine Organisation als NGO bezeichnet oder bezeichnet wird. Wir möchten uns kritisch mit NGOs auseinandersetzen und eine Debatte anstoßen und stehen dabei den Menschen, die sich NGOs zugehörig fühlen mit kritischer Solidarität gegenüber. Uns ist es wichtig möglichst viele Menschen auch in die Diskussion, Vorbereitung und Durchführung des KlimaAktionCamps miteinzubeziehen, d.h. für uns dass das linksradikale Spektrum hier seinen Platz haben soll, sich beteiligt und seine Positionen klar zum Ausdruck bringt.

### **Was wir wollen?**

Wir wollen die Zerschlagung von Kapital, Patriarchat, Staat,... , die Abschaffung weiterer Herrschaftsmechanismen wie Rassismus, religiösen Fanatismus, ... Dies werden wir nicht durch Appelle oder den Glauben an die besseren Argumente erreichen. Notwendig sind direkte Interventionen. Uns ist bewusst, dass wir bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen „nur“ an einzelnen Punkten stellvertretend für das Ganze angreifen können. Dabei lassen wir uns in der Wahl der Mittel nicht beschränken. Doch nun zu unserer Utopie: Wir wollen einen gleichberechtigten Umgang miteinander. Und eine Wirtschaft, die sich nicht an Profitinteressen ausrichtet, sondern an den konkreten Bedürfnissen von Menschen. Wie mit unseren Problemen umgegangen werden soll, kann nicht auf ein Parlament abgeschoben oder in den Chefetagen der Wirtschaft entschieden werden. In unseren politischen Strukturen, Wohngemeinschaften, Bezugsgruppen, Kommunen, Kollektiven, ..... versuchen wir anders miteinander umzugehen. Dabei scheitern wir auch immer wieder an den auch von uns verinnerlichten herrschenden Verhältnissen. Diese wollen wir somit nicht nur politisch angreifen, sondern auch in uns selbst in Frage stellen. Das Klimacamp soll für uns daher auch ein sozialer Ort sein, an dem ein Umgang miteinander jenseits von Chef\_in und Staat erfahrbar werden kann.

**Zusammen mehr erreichen!**  
**Für freie und selbstbestimmte Gesellschaft**

gettyimages®

